Der proletarische Internationalismus - Ideologie und Waffe des Proletariats für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus 1 H 3752 CX Seite 8

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 18 vom 6. Mai 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Nach der Tat immer neue Lügen

Landwirt von der Polizei erschossen

Fast alle Bewohner des Dorfes Leun im hessischen Lahn-Dill-Kreis nahmen an der Beerdigung des Landwirts und Schafzüchters Helmut Schlaudraff teil. Sogar aus der Umgegend kamen Menschen, um ihm das letzte Geleit zu geben. So sehr den Angehörigen von Helmut Schlaudraff diese Anteilnahme wohltat, so empört waren sie darüber, daß auch die Polizei am Grab einen Kranz niederlegte. Denn Helmut Schlaudraff war in der Nacht vom 13. auf den 14. April von der Polizei erschossen worden (siehe auch „Roter Morgen" 16/77).

Helmut Schlaudraff war am Abend des 13. April zusammen mit seinem 16jährigen Lehrling und einer Bekannten, Ingrid Winsche, losgefahren, um einige Tiere, die in der Kälte erfroren waren, von der Weide abzutransportieren. Wieder auf dem Rückweg, wurde der PKW von einer Polizeistreife angehalten und Helmut Schlaudraff von einem 35jährigen Polizeihauptmeister mit einer Maschinenpistole erschossen. Korrespondenten des „Roten Morgen" sprachen mit den Tatzeugen und Angehörigen und Bekannten des Ermordeten. Sie berichten:

„Der Polizeiüberfall verlief wie ein regelrechtes Gangsterstück. Der weiße Zivilstreifenwagen der Polizei stoppte vor Schlaudraffs Fahrzeug, der 35jährige Polizeihauptmeister sprang heraus mit einer Maschinenpistole im Arm. Ohne „Hände hoch" oder dergleichen zu rufen, riß er die Fahrertür auf und feuerte los. Helmut Schlaudraff sank — an der Halsschlagader getroffen — blutend im Fahrersitz zurück. Anschließend wurde er von dem Polizisten noch aus dem Auto gezerrt und blieb am Boden liegen.

Die Frau war zu Tode erschrokken und rannte fort in ein nahegelegenes Haus. Den 16jährigen Lehrjungen von Helmut Schlaudraff zerrte die Polizei aus dem Auto. Auch er war zutiefst erschrocken, glaubte an einen Gangsterüberfall und schlug um sich. In Handschellen führte man ihn ab. Obwohl er an einem schweren Schock litt, wurde er in Idstein, der nächsten größeren Stadt, zunächst in einen dunklen Raum gesperrt, anschließend zwei Stunden verhört, dann zur Kripo nach Wiesbaden gebracht und wiederum verhört — bis zum frühen Morgen. Dort wurde er unter anderem auch darüber ausgefragt, ob er ein Terrorist sei, ob er Verbindungen zu Anarchisten habe usw. Das Verhör wurde mit der zynischen Bemerkung beendet: „Kümmert euch jetzt um die Überführung, sonst müssen wir ihn hier begraben." Auch telephonieren durfte der Lehrling nicht. Auf die Bitte hin, doch eine Nachbarin anrufen zu dürfen, bekam er nur die Antwort: diesen Namen gäbe es zu oft.

Auch die Bekannte des Ermordeten wurde noch in der gleichen Nacht verhört. Man klärte sie nicht über ihre Rechte auf, die Vernehmung zu verweigern. Im Gegenteil, hieß es, sie müsse aussagen, solange alles noch frisch im Gedächtnis sei. Ingrid Winsche durfte noch nicht einmal ihren Mantel ablegen, obwohl er vom Blut des Getöteten über und über bespritzt war. Ingrid Winsche meint selbst: „Ich sollte aussagen, daß der Polizist, der den Schuß abgegeben hat, wegen des Mordes an Generalbundesanwalt Buback sichtlich nervös gewesen sei."

Wurde Helmut Schlaudraff erschossen, weil der fragliche Polizist glaubte, einen der Attentäter auf Bundesanwalt Buback vor sich zu haben und weil der Einsatzbefehl für diesen Fall hieß „Feuer frei!"?

Man weiß es nicht. Im Gegensatz zu den beiden Begleitern von Helmut Schlaudraff, die noch in der gleichen Nacht trotz ihres schweren Schocks rücksichtslosen Verhören unterworfen wurden, ließ man den Polizeihauptmeister, der Helmut Schlaudraff erschossen hat, in Ruhe. Grund: Ein Arzt bescheinigte ihm, er sei aufgrund eines erlittenen Schocks nicht vernehmungsfähig! Aber nicht nur dieser Polizist, auch sein Begleiter,

Fortsetzung auf S. 7, Spalte 1

30 Arbeiter kämpfen gegen die Stillegung ihres Betriebes Seite 4



Es lebe der Rote 1. Mai!



In neun Städten der Bundesrepublik und in Westberlin rief die Partei in diesem Jahr zu Demonstrationen zum Roten 1. Mai auf, in zahlreichen weiteren Städten fanden größere und kleinere Veranstaltungen zum 1. Mai statt. Auf all diesen Demonstrationen und Veranstaltungen drückten die Werktätigen ihre Entschlossenheit aus, gegen die zunehmenden Massenentlassungen, gegen Arbeitslosigkeit und Rationalisierungsterror im Betrieb zu kämpfen, für den revolutionären Zusammenschluß der Werktätigen gegen die Kapitalisten, aber auch gegen die Handlanger des Kapitals, den reaktionären DGB-Apparat und die D„K"P-Revisionisten, die auch in diesem Jahr zum Regierungsmai aufriefen, zu Kampfveranstaltungen gegen den revolutionären Klassenkampf des Proletariats. Während auf diesen Regierungsfeiern das kapitalistische Gesellschaftssystem verteidigt wurde, erschallten auf den Roten 1. Mai-Demonstrationen immer wieder Parolen wie: „Das Recht

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

Urteilsverkündung in Stammheim

Brutales politisches Terrorurteil

Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe waren nicht dabei, als die Richter in Stammheim das Urteil verkündeten. Warum auch? Das Urteil stand seit Jahren fest. Der Stammheimer Prozeß fand nicht statt, um die Wahrheit zu finden, die Beweisaufnahme wurde nicht veranstaltet, um Tatsachen zu prüfen — der Stammheimer Prozeß fand statt, um ein Alibi zu liefern für das Urteil, um die Öffentlichkeit vorzubereiten auf das brutalste politische Terrorurteil, das bislang in der Geschichte der Bundesrepublik gefällt wurde.

Warum wurden die Angeklagten verurteilt? Weil sie Mörder und Verbrecher sind, sagen die Richter. Es gibt keine politische Verfolgung und keine politischen Prozesse, sagt der Justizminister.

Welche Heuchelei! Wie die Presse berichtet, fand das Stammheimer Gericht in seiner Urteilsbegründung viele Worte für die Opfer des Attentates auf das Frankfurter NATO-Quartier. Was aber ist mit den Tausenden und Abertausenden, die in Vietnam zu dieser Zeit Opfer des kaltblütigen, barbarischen Völkermordes der amerikanischen Imperialisten wurden? Was ist mit ihren Mördern? Den Wallstreetmagnaten, den US-Generälen, den Befehlshabern im Weißen Haus? Sie sind in den Augen

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

AUS DEM INHALT

Ein Beitrag zum Artikelwettbewerb des „Roten Morgen": „Das Netz der sozialen Sicherheit" 3
Jasa: Die Belegschaft kämpft um ihre Rechte 4
Interview mit kommunistischem Bergarbeiter 5
EG-Agrarpreise — ein weiterer Schritt zur Ruinierung der Kleinbauern 6
Breite Solidarität mit Klaus Kercher 7
Weg mit der Gefängnisstrafe gegen Volker Nieber 7
„Verdächtig", weil er Kommunist ist 7
Israelische Zionisten überfallen Dörfer im Libanon 10
Genscher in Asien - Westdeutsche Imperialisten streben nach Expansion 10
17. Kongreß der CISNU erfolgreich abgeschlossen 11

Es lebe der Rote 1. Mai!

Fortsetzung von Seite 1

auf Arbeit verwirklicht nur die proletarische Diktatur!" — „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg — Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg!" — „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" — „Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution in Ost und West — Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland."

Im folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die Aktivitäten zum Roten 1. Mai. Über den 1. Mai in den anderen kapitalistischen Ländern und in der SVR Albanien und der VR China werden wir in der nächsten Nummer des „Roten Morgen" berichten.

KIEL

In Kiel demonstrierten ca. 360 Menschen unter den Fahnen des Roten 1. Mai durch das Arbeiterviertel Kiel-Gaarden. Im Anschluß an die Demonstration fand eine kämpferische Veranstaltung statt.

In Kiel wie auch in anderen Städten rekrutierte sich ein Großteil der Teilnehmer der reaktionären DGB-Kundgebung aus den Reihen der D„K"P-Revisionisten und diverser Zirkel, die unter dem Vorwand des „oppositionellen Blocks" die reaktionären DGB-Kundgebungen auch noch mit roten Fahnen verzieren.

HAMBURG

In Hamburg waren es 400 Werktätige, deutsche und auch viele ausländische Arbeiter, die sich an der revolutionären Demonstration zum 1. Mai beteiligten. Die Demonstration, bei der auch in diesem Jahr der Spielmannszug vorneweg marschierte, fand bei der Bevölkerung viel Interesse. Bereits zwei Tage zuvor hatte eine Mai-Veranstaltung stattgefunden, deren Höhepunkt eine begeisternde Rede des Genossen Ernst Aust war. Am 1. Mai selbst versammelten sich abends ca. 250 Menschen zu einer kulturellen Veranstaltung, auf der zum ersten Mal auch eine Folklore-Gruppe der Partei in Hamburg auftrat. Kulturelle Beiträge boten auch ausländische Organisationen.

BREMEN

Ca. 160 Menschen demonstrierten in Bremen am Roten 1. Mai. Vorher hatten bereits in Nordenham, Bremerhaven, Wilhelmshaven und in Bremen selbst Veranstaltungen stattgefunden. Besondere Begeisterung löste auf der Veranstaltung in Bremen der gerade zum 1. Mai fertiggestellte Film über die Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag aus. Außerdem wurden auf dieser Veranstaltung die Roten Pioniere gegründet. Die Genossen berichten, daß sie von der Nummer des „Roten Morgen", die zum 1. Mai aufrief, 350 Exemplare verkauften bzw. verschenkten.

DORTMUND

An die 600 Menschen demonstrierten in Dortmund am Roten 1. Mai, darunter sehr viele türkische Arbeiter. An der anschließenden Veranstaltung nahmen 450 Menschen teil. Höhepunkt der Veranstaltung war neben der Parteirede auch hier der Film über den III. Parteitag. Im Anschluß an den offiziellen Teil der Veranstaltung wurde getanzt.

DUISBURG

420 Werktätige demonstrierten in Duisburg am Roten 1. Mai. Die Demonstration ging durch Thyssenviertel im Duisburger Norden. An der anschließenden Veranstaltung nahmen ebenfalls rund 400 Menschen teil. Auf der Demonstration und bei der Veranstaltung wurden zusammen rund 1.500 DM für die Partei gespendet.

HANNOVER

In Hannover waren es 120 Menschen, die an der Demonstration zum Roten 1. Mai teilnahmen. Hier wie auch in den anderen Demonstrationsorten, hörten viele Menschen den Kundgebungen während der Demonstrationen von ihren Fenstern und Balkonen aus zu.

FRANKFURT

In Frankfurt ging die Demonstration, an der 500 Menschen teilnahmen, durch das Arbeiterviertel Höchst. Anschließend versammelten sich 320 Menschen zu einer begeisternden Veranstaltung.

STUTTGART

In Stuttgart demonstrierten ca. 200 Menschen am Roten 1. Mai. Mehr als 200 Freunde und Genossen versammelten sich anschließend zu einer kämpferischen Veranstaltung.

MÜNCHEN

In München demonstrierten ca. 240 Menschen unter den Fahnen des Roten 1. Mai. Zu der anschließenden Veranstaltung kamen so viele Freunde und Genossen, daß der Raum kaum alle fassen konnte.

WESTBERLIN

In Westberlin demonstrierten ca. 550 Werktätige am Roten 1. Mai. Rund 100 davon reihten sich während der Demonstration ein. An der anschließenden Veranstaltung nahmen 350 Menschen teil.

Brutales politisches Terrorurteil

Fortsetzung von Seite 1

des Stammheimer Gerichts keine Mörder, keine Verbrecher, sie verstoßen gegen keinerlei Prinzip dieses sogenannten „Rechtsstaates", weil sie zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele Gewalt anwenden. Im Gegenteil. Sie werden als „Garanten unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung" gefeiert, sie werden aus den Steuergeldern der Werktätigen finanziert, für sie werden in unserer Heimat alle Bedingungen geschaffen, damit sie sich auf weitere Gewaltverbrechen — denn nichts anderes sind ja ihre imperialistischen Aggressionen, nichts anderes ist der dritte Weltkrieg, auf den die US-Imperialisten zusteuern — proben und perfektionieren können.

Die Angeklagten in Stammheim sind nicht verurteilt worden, weil sie Menschen getötet haben — was ihnen übrigens nicht im geringsten nachgewiesen werden konnte. Der Richter in der Urteilsbegründung: Ob die Angeklagten an den Taten direkt beteiligt waren, ist unerheblich. Sie sind verurteilt worden, weil sie für die Anwendung der revolutionären Gewalt gegen die reaktionäre, konterrevolutionäre Gewalt der Imperialisten — der amerikanischen wie der westdeutschen — eintreten. Denn dies — und nur dies — ist in den Augen der Klassenjustiz ein Verbrechen.

Man vergleiche nur den Prozeß in Stammheim mit dem Prozeß gegen die Maidanek-Mörder in Köln! Man vergleiche die Verfolgung der RAF-Mitglieder mit der „Verfolgung" der Massenmörder aus der Zeit des Hitlerfaschismus! Man denke an die zahllosen Polizisten, die „im Dienst" Menschen erschossen und denen in der überwiegenden Mehrheit nie der Prozeß gemacht wurde. Man denke an die brutalen Polizeieinsätze bei Streiks und Demonstrationen, bei denen die Polizisten für die Verteidigung des Rechtsstaates belobigt, die Demonstranten und Streikenden als „Gewaltverbrecher" verleumdet wurden.

Die Bourgeoisie ist nicht gegen Gewalt. Gewalt gegen das Volk ist mit den Prinzipien des „Rechtsstaates" durchaus vereinbar, ja sie ist der Stützpfeiler dieser „freiheitlich-demokratischen Ordnung", in der alle zwei Stunden ein Mensch an seinem Arbeitsplatz stirbt, in der unsere Umwelt vergiftet wird und wir mit ihr, in der durch skrupellose Chemiefabrikanten Tausende zu Kranken und Krüppeln werden usw. Ohne Gewalt — ohne Gesetze, Polizei, Justiz, Bundeswehr — könnte die herrschende Kapitalistenklasse ihre Ausbeuterherrschaft niemals aufrechterhalten. Auf die Anwendung dieser reaktionären Gewalt wird die Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Werktätigen niemals verzichten. Im Gegenteil. Je mehr sich die Klassenkämpfe verschärfen, desto brutaler geht die herrschende Klasse gegen die Arbeiterklasse, gegen die anderen Werktätigen vor. Das haben die letzten Jahre bewiesen.

Und da sollen die Werktätigen die Hände falten und für bessere Zeiten beten? Nein, angesichts der Gewalt, mit der die Kapitalistenklasse die Werktätigen unterdrückt, haben sie keine andere Möglichkeit, sich zu wehren, bleibt ihnen keine andere Wahl, sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, als mit revolutionärer Gewalt gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, den Rahmen der bürgerlichen Legalität zu sprengen. Mag die Bourgeoisie auch noch so sehr gegen die „radikalen Gewaltverbrecher", gegen „Terroristen" und „Kriminelle" hetzen. Die Gewalt der Massen ist gerecht. Sie ist ein notwendiges Mittel im Klassenkampf gegen den kapitalistischen Staat.

Weil sie für die revolutionäre Gewalt gegen den Imperialismus eintraten, sind die Angeklagten in Stammheim verurteilt worden. Die Differenzen zwischen unserer Partei und der RAF sind bekannt. Sie sind erheblich. Aber wegen ihrer falschen Standpunkte sind Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nicht verurteilt worden. Deshalb gehört unsere Solidarität ihnen, so wie sie auch Holger Meins und Ulrike Meinhof gehörte, die diesen Prozeß nicht überlebten. Kämpfen wir gegen die Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Gewalt, schließen wir uns im Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung, gegen den Abbau der demokratischen Rechte zusammen. Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz! Kampf der Faschisierung!

Kurz berichtet

KIRCHDORF/ILLER

Am 24. 4. führten die Genossen aus diesem Raum eine Versammlung gegen die Standortplanung für ein Atomkraftwerk bei Kirchdorf durch. Zu der Versammlung hatte die Partei vorher mit einem Flugblatt, das in der näheren Umgebung an Interessierte verteilt und in Kirchdorf gesteckt wurde, eingeladen. An der Versammlung nahmen ca. 15 Personen teil. Die SPD hatte vorher eine Versammlung zu dem gleichen Thema abgehalten, zu der allerdings nur drei Personen gekommen waren. Der Chef der örtlichen Bürgerinitiative, ein erklärter Antikommunist namens Meßmer, der zugleich eine leitende Stellung beim örtlichen Liebherr-Werk innehat, hatte versucht, die Versammlung zu verhindern. Er rief den Wirt der Gaststätte an, in der die Versammlung stattfinden sollte und sagte, die Versammlung solle nicht stattfinden. Der Wirt ließ sich aber nicht einschüchtern. Wie Mitglieder der Bürgerinitiative erzählten, geht dieser Meßmer sogar soweit, die Namen fortschrittlicher Kernkraftwerksgegner aus der Bürgerinitiative an das Innenministerium zu melden. Als dieser Mensch bei der Versammlung der Partei erschien, Hetzerklärungen abgab und schließlich die Besucher aufforderte, den Saal zu verlassen, war er allerdings so isoliert, daß er abgesehen von einigen seiner Anhänger, ganz alleine dastand. Die Versammlung konnte dann mit einer Rede und anschließender Diskussion ungestört zu Ende geführt werden. Einige Jugendliche wollten anschließend die erhaltenen „Roten Morgen" in ihrem Jugendzentrum auslegen.

BUTJADINGEN

Am 23./24. April besuchten zahlreiche Freunde und Genossen der Partei aus Bremen die Bauern in Butjadingen, einem Gebiet zwischen dem Jadebusen und der Weser. Es wurde die neueste Ausgabe der Bauernzeitung „dat rode Land" gesteckt und Hausbesuche bei den Bauern und anderen Angehörigen der Landbevölkerung gemacht. Außerdem warben die Genossen für die Teilnahme am Roten 1. Mai. Die Genossen konnten erneut feststellen, daß die Ziele unserer Partei bei den kleinen und mittleren Bauern auf großes Interesse stoßen.

MÜNSTER

Am 23. April hat in Münster ein internationaler Volksabend stattgefunden, der von fortschrittlichen Türken, der CISNU und revolutionären deutschen Organisationen, darunter auch unsere Partei, veranstaltet wurde. Trotz der Sabotage der modernen Revisionisten, die zum gleichen Zeitpunkt eine Spalterversammlung organisierten, waren ca. 200 Gäste gekommen. Sie hörten Beiträge zum Kampf gegen den Imperialismus in den verschiedenen Ländern, sangen gemeinsam Lieder und hörten Berichte über das Leben und den Kampf der Völker. Begeisterung rief vor allem der Agitproptrupp der Partei bei den Gästen hervor.

SINGEN

Im März hat die Partei in Singen ihr erstes Flugblatt zu den Rationalisierungsplänen bei „Alusingen" verteilt. Das Flugblatt wurde vor dem Betrieb und samstags in der Singener Innenstadt verteilt und stieß auf großes Interesse. Einige, die das Flugblatt gelesen hatten, kamen sogar zurück, um den „Roten Morgen" zu kaufen.

Offen gesagt ...

Betrüger und Spekulanten

Schon wieder Osswald: Nachdem der SPD-Politiker wegen einer Bestechungsaffäre sein einträgliches Amt als Ministerpräsident Hessens räumen mußte, sind jetzt neue Betrügereien ans Tageslicht gekommen. So hatte sich Osswald als Verwaltungsratsvorsitzender der Hessischen Landesbank (Helaba) Darlehen in Höhe von 750.000 DM zu Vorzugsbedingungen genehmigt. Darüber hinaus wurde bekannt, daß er schon seine frühere Position als Gießener Oberbürgermeister dazu benutzt hatte, um eine schwunghafte Bodenspekulation zu betreiben. Er kaufte Grundstücke zum Schleuderpreis von 60 Pfennig pro qm auf und verscherbelte sie für 75 Mark weiter.

Albert Osswald, so hört man aus Wiesbaden und Frankfurt, ist politisch ein toter Mann. Seine Parteifreunde, die ihn zum Rücktritt von allen Ämtern gezwungen haben, sind gerne bereit, ihm noch einen Tritt hinterher zu geben. Aber das gilt nicht etwa dem Spekulanten und Betrüger, der sich auf Kosten der Werktätigen bereichert hat. Ihre Wut auf Osswald hat einen anderen Grund. „Seine Instinktlosigkeit stinkt gen Himmel. Der hätte das Geld doch auch von Hesselbach (Boß der DGB-eigenen Bank für Gemeinwirtschaft — RM) kriegen können. Warum mußte er denn ausgerechnet zur Helaba gehen?" So drückte es ein Frankfurter SPD-Politiker aus. Die Partei- und Gewerkschaftsbonzen, sie sind gerne bereit, sich gegenseitig unter die Arme zu greifen, wenn es darum geht, das große Geld zu machen.

Nur — man darf es eben nicht so dummdreist anstellen wie Osswald. Das ist für diese Herren der eigentliche Skandal. Denn sie alle sind ja beteiligt, sie alle stecken ja bis zum Hals im Korruptionssumpf. Und wenn es um einen von ihnen Wirbel gibt, dann fühlen sich die anderen auch nicht mehr sicher.

„Alles verschweigen, alles vertuschen", das ist ihre Taktik. Und wo das nicht mehr geht, da wird eben nachgeholfen. So kürzlich in Frankfurt, als die Staatsanwälte Zahl und Koch im Zuge der Ermittlungen wegen der zusammengebrochenen Helaba auf eine neue Osswald-Schieberei stießen. Sofort bekamen sie vom Leiter der Frankfurter Anklagebehörde eine Rüge wegen „mangelnder Behutsamkeit". Sie hatten offensichtlich versehentlich in die falsche Richtung ermittelt. Die Sache wurde ihnen sofort aus der Hand genommen und einem anderen Staatsanwalt übertragen. Und die Akten? Die waren plötzlich verschwunden. Nach einiger Zeit tauchten sie wieder auf — beim Bausparkassenchef Sippel, der selbst Beschuldigter in der Helaba-Affäre ist.

Ein hessisches Problem? Man braucht ja nur in die Schlagzeilen der letzten Tage zu sehen: Die Ex-Minister Bahr und Ehmke wohnen in ihren Bonner Villen praktisch zur Sozialmiete. Der Berliner Senator Neubauer wegen aufgedeckter Bestechung zurückgetreten usw. Das ganze ist ein Problem des Kapitalismus. Bestechung, Unterschlagung, die Bereicherung der Bonzen in jeder Form, das gehört zu diesem System wie der Deckel zum Topf. Erst die sozialistische Revolution wird diesen Sumpf ein für allemal austrocknen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 3005 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Ein Beitrag zum Artikelwettbewerb des 'Roten Morgen'

Das Netz der sozialen Sicherheit

„Der ‚Rote Morgen' gibt die Wahrheit wider" — unter diesem Motto riefen wir im letzten „Roten Morgen" zu einem Artikelwettbewerb auf. Inzwischen ist der erste Beitrag zu diesem Wettbewerb bereits eingegangen: „Das Netz der sozialen Sicherheit", geschrieben von einem Leser des „Roten Morgen" aus Kassel. Wir drucken im folgenden diesen Beitrag ab — als Ansporn für möglichst viele Leser, es ebenfalls einmal zu versuchen.

„In der BRD ist für größtmögliche soziale Sicherheit gesorgt", heißt es immer. „Es gibt ja das Arbeitsamt", tönt die Fernsehwerbung. Der DGB spricht vom „Netz der sozialen Sicherheit".

Gerät man aber in dieses Netz, hat man weniger das Gefühl, weich zu fallen, als das Gefühl, die Schlingen dieses Netzes schnüren sich um den Hals. Was ich erlebt habe, ist bestimmt noch nicht das Schlimmste, aber mir hat es ganz schön die Augen geöffnet.

Am 1. April wurde ich fristlos entlassen. Am Montag darauf gehe ich aufs Arbeitsamt. Daß ich dort wieder Arbeit bekomme, hatte ich soundso nicht erwartet. Aber ich hatte tatsächlich die Vorstellung, ich käme dahin, melde mich arbeitslos und dann kommt das Arbeitslosengeld. Weit gefehlt. Ist man erst mal da, kommt man sich vor, als wäre man zwischen zwei Mühlsteine geraten. Erst beim Arbeitsvermittler anmelden. Dort gibt es ein Antragsformular. Das soll ich ausfüllen, dann am Eingang eine Nummer holen und dann den Antrag auf Zimmer 03 abgeben. Doch der Arbeitsvermittler ist pflichtbewußt. „Moment mal. Hier hätte ich vielleicht was für Sie. Die Stadt Fuldatal hat eine befristete Stelle frei. Für ein halbes Jahr als Gärtner. 8 DM Stundenlohn." „Donnerwetter", denke ich. Wenn ich auch vorher 10,26 DM bekam, so ist das doch mehr als Arbeitslosengeld. Und im Sommer als Gärtner arbeiten ist bestimmt ganz gut. Doch auf einmal kommen mir Bedenken. „Sagen Sie mal, wenn ich dann nach diesem halben Jahr wieder hierher komme, dann wird doch mein Arbeitslosengeld nach diesem letzten Verdienst von 8 DM berechnet?" „Äh — ja, ja." „Sagen Sie mal, schämen Sie sich eigentlich nicht?"

Nun gut. Ein paar Tage darauf habe ich die ganzen Papiere besorgt. Vor Zimmer 03 stehe ich nun das erste Mal an. Ich komme ein bißchen ins Gespräch mit den anderen Wartenden. Einer, der wohl schon öfter da war, schaut sich meinen Antrag an, ob ich alles richtig ausgefüllt habe. „Verheiratet", habe ich vergessen anzukreuzen. Der meint: „Ja, verheiratet ist Scheiße, wenn man arbeitslos ist. Da freut sich die Frau immer so." Einige lachen. Dann sieht er meine Kündigung. „Eine schöne Kündigung hast du. Meinste, da kriegst du noch mal Arbeit mit?" „Naja, vielleicht sollte ich doch lieber Rente beantragen", sage ich. Jetzt lachen fast alle. Hier herrscht überhaupt ein seltsamer Humor. So eine Art Galgenhumor.

Dann bin ich an der Reihe. Der Beamte liest den Antrag durch. „Fristlose Kündigung. Da müssen wir Ihnen vier Wochen Sperrfrist geben. Dann ist das ‚eigenes Verschulden'." „Eigenes Verschulden! Was kann ich denn dafür, wenn die mir so eine Kündigung geben. Außerdem habe ich dagegen ja auch geklagt." „Naja. Dann fügen Sie die Klageschrift bei, dann werden wir darüber entscheiden. Aber geben Sie die Klageschrift dann gleich in Zimmer 814 ab."

Am nächsten Tag gehe ich dann zu Zimmer 814. Vor 812 steht eine Schlange, vor 814 steht keiner. Doch zu früh gefreut. Da hängt ein Schild an der Tür: „Auskunft — Bitte in Zimmer 812 anmelden." Die anderen in der Schlange grinsen, als sie mein langes Gesicht sehen. „Wir sind doch arbeitslos. Wir haben doch Zeit", meint einer. Endlich komme ich dran. „Ich wollte die Klageschrift abgeben." „Die Klageschrift — wieso?" „Damit ich keine Sperrfrist kriege. Das hat man mir auf Zimmer 03 gesagt." „Ach Quatsch, wir brauchen das Urteil." „Aber das dauert doch noch Monate, bis ich das habe." „Naja, und wenn dann die fristlose Kündigung zurückgenommen wird, dann bekommen Sie das Geld nachgezahlt." „Und jetzt? Ich brauche doch jetzt Geld. Nicht erst in ein paar Monaten." „Hier können Sie nichts kriegen. Gehen Sie doch auf das Sozialamt." Bevor ich jedoch auf das Sozialamt komme, erfahre ich, daß ich hierfür eine Bescheinigung vom Arbeitsamt brauche.

Also am nächsten Tag wieder hin. Anstehen bei 812, dann warten, bis man nach 814 aufgerufen wird. Doch diesmal ist hier mehr los. Ein Kollege, von vielleicht 40 Jahren kommt aus Zimmer 814 raus. Rot vor Wut. Seit Monaten ist er arbeitslos. Tag für Tag kommt er hierher. Doch seine Akte ist „verschwunden". Er tobt. „Verbrecher und Banditen sind das alles hier. Die fragen gar nicht, wovon man leben soll." Ein paar jüngere fangen auch an: „Beamtenpack, faules!" Es wird immer lauter. Einige lachen auch bloß. Plötzlich kommt der von 812 raus. „Hoffentlich ist hier bald Ruhe. Sonst muß ich die Polizei holen." Alle lachen. Der wird krebsrot und verschwindet wieder.

Auf dem Flur sind jetzt alle ins Gespräch gekommen. Jeder erzählt, was ihm schon so alles widerfahren ist. Eine junge schwangere Frau erzählt. Seit Anfang des Jahres ist sie arbeitslos. Jetzt wollte sie sich im Krankenhaus anmelden. Dort erfährt sie, daß sie gar nicht krankenversichert ist. Jetzt rennt sie schon tagelang hierher. Doch auch ihre Akte ist „verschwunden". Ein junger Mann braucht nur eine Bescheinigung für das Sozialamt. Jetzt ist er schon den dritten Tag hier.

Eine ältere Frau, die bis jetzt geschwiegen hat, erzählt nun auch: „Neulich war ich auch auf dem Sozialamt. Da war ein Mann, der hatte vier Kinder. Er bekam aber kein Geld. Wie er uns das draußen erzählt hat, da hat er schon fast geheult. Jetzt kam er rein und kriegte wieder kein Geld. Da ist er ganz ruhig geworden und hat gesagt: ‚Das macht ja gar nichts. Sie haben ja so eine schöne Schreibmaschine hier. Die geh' ich jetzt verkaufen.' Sagt's, nimmt das Ding unter'n Arm und geht raus. Der Beamte hinterher. ‚Seien Sie doch vernünftig! Sie stürzen sich doch ins Unglück!' ‚Ins Unglück? — Da bin ich ja schon', und er läßt sich nicht aufhalten. Da bittet ihn der Beamte wieder zurück ins Zimmer und schreibt ihm prompt einen Schein für die Kasse." Wir lachen alle. Einer meint dann ernst: „Ja, aber so ist das wirklich. Die treiben einen erst völlig zur Verzweiflung, ehe sie sich mal herablassen. Die Penner, die kommen morgens und holen ihr Geld zum Versaufen. Doch wenn sich einer mit seiner Familie einigermaßen über Wasser halten will, da nehmen sie keine Rücksicht."

So nach und nach werden wir miteinander vertraut. Wir merken, daß wir alle irgendwie das gleiche Los haben. Nie zuvor haben wir uns gesehen, doch wir reden miteinander wie alte Bekannte.

Der von Zimmer 812 rennt alle paar Minuten aus dem Zimmer. Jedesmal knallt er die Tür. Wohl um zu zeigen, wer der Herr im Hause ist. Man sieht richtig, daß er einen Haß auf die Leute hier vor der Tür hat. Jetzt kommt er gerade zurück. Kurz vor der Tür fangen ein paar Jüngere und ich an zu zählen: „Vier, drei, zwei, ein . . ." Doch die Tür geht ganz leise zu. Alle lachen.

Schließlich wird es Nachmittag. Keiner ist mehr vor mir dran. Ich gehe jetzt einfach rein. „Bin ich denn hier überhaupt noch vorgesehen?" Ich sage meinen Namen und meine Nummer. Die haben mich doch tatsächlich vergessen. Jetzt kramt er rum. „Ach, die Akte ist gar nicht hier. Kommen Sie doch morgen früh noch einmal wieder."

Am nächsten Morgen bin ich einer der Ersten. Da geht es etwas schneller. 812 anmelden. Nach 814. Dort werde ich auf Zimmer 728 geschickt. Dort bekomme ich endlich den Schein. „Der Arbeitslose hat angegeben, z. Zt. den Lebensunterhalt für sich und seine Familie nicht bestreiten zu können, da er und die mit ihm in Hausgemeinschaft lebenden Personen kein oder kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben."

Doch an diesem Tag ist auf dem Sozialamt keine Sprechzeit. Also gehe ich erst nochmal zur Krankenkasse. Vom Arbeitsamt habe ich nämlich noch einen Schein gekriegt, auf dem steht: „Hiermit weise ich Sie darauf hin, daß Sie zur Zeit nicht krankenversichert, laut §§ sowieso sind. Um einen lückenlosen Versicherungsschutz zu gewähren, empfehle ich Ihnen, sich umgehend mit Ihrer Krankenkasse in Verbindung zu setzen."

Auf der Krankenkasse sind sie unheimlich freundlich. „Naja, das sind ja auch keine Beamten hier", denke ich. „Sie wollen sich also freiwillig weiterversichern", fragt die Frau freundlich, als ich den Schein vom Arbeitsamt vorlege. „Ja , ja, wenn das so sein soll. Ich weiß da kein Bescheid." „Doch, doch, dann unterschreiben Sie mal hier. Und dann warten Sie bitte, bis Sie bei Herrn Fröhlich drankommen." Ich setze mich vor Herrn Fröhlichs Zimmer. Er guckt mich durch die Scheibe an und ich ihn. Als eine gebührende Zeit verstrichen ist, werde ich hereingebeten. Herr Fröhlich macht seinem Namen alle Ehre. Ich fühle mich richtig wohl. Er ist ein netter Mensch. Fragt, wo ich gearbeitet habe. Ob der und der auch noch da arbeitet. Dann kommt er zur Sache. „Freiwillige Weiterversicherung. Gut. Einkommen?" „Zur Zeit kein Einkommen." „Kein Einkommen — Aha." Er holt eine dicke Akte aus dem Schrank. „Kein Einkommen. Da müssen wir zu Grunde legen 1.020 DM. Der Beitrag für Monat April beträgt also 76 DM. Hier ist die Rechnung, bitteschön. Bis zum Ende des Monats müssen Sie bezahlen. Auf Wiedersehen." Ich vergesse zu grüßen. Irgendwie ist mir übel geworden.

Am nächsten Morgen suche ich alles raus, was ich vielleicht für das Sozialamt gebrauchen könnte. Mietvertrag 157 DM, Kreditvertrag 150 DM monatliche Rückzahlung, Straßenbahnkarte für meine Frau zur Schule: 25 Mark, Hausrat- und Haftpflichtversicherung 10 Mark, die letzte Stromrechnung 110 Mark für die letzten zwei Monate, die Rechnung von der Krankenkasse, die letzten Bankauszüge, Soll: 2.200 Mark, und den Bescheid vom Arbeitsamt, daß die erste Zahlung für eine ‚Woche Arbeitslosengeld „voraussichtlich" am 17. Mai erfolgt. Ich glaube, das müßte reichen, um meinen Bedarf nachzuweisen.

Auf dem Sozialamt herrscht eine andere Stimmung als auf dem Arbeitsamt. Ein paar Leute unterhalten sich leise. Die meisten schauen nur stumm vor sich hin und gehen auf und ab. Viele alte Leute sind hier. Ich frage eine Frau, wie das kommt. Es sind die Leute, die noch weniger Rente bekommen, als der Sozialhilfe-Mindestsatz: Für Verheiratete 261 Mark und die Miete. Wegen jeder Kleinigkeit müssen diese alten Leute hierher. Zuschuß für Kohlen, für Kartoffeln; für Kleidung bekommen sie nur Zuschuß, wenn sie nachweisen können, daß die alten Sachen wirklich aufgetragen sind. Nur ein Mann fällt mir auf. Schwarzer Samtanzug, nagelneue Schuhe. Er pöbelt die alten Frauen an. Wie doof sie doch sind, daß sie so wenig Geld bekommen. Er zeigt stolz seine Brieftasche. Einige Hunderter sind zu sehen. Er fragt auch noch, was die Frauen meinen, was er wohl ist, daß er so viel Geld hat und doch noch Sozialhilfe bekommt. „Zuhälter!" sage ich, weil ich einen Streit mit ihm anfangen will vor Wut. Doch der freut sich bloß. Wie ich das wohl geraten habe? Kurz darauf kommt er an die Reihe. Ein paar Minuten später kommt er wieder raus mit einem Auszahlungsschein für die Kasse. Gleich und gleich hält eben zusammen.

Nun bin ich dran. Lege den Schein vom Arbeitsamt vor. Will gerade die anderen Sachen auspacken. „Sagen Sie mal, Sie haben doch den letzten Lohn noch bekommen? Da wollen Sie noch Sozialhilfe?" „Ja, das ist aber doch so. Am 17. Mai kommt erst das erste Arbeitslosengeld. Und nur für eine Woche. Bis dahin muß ich noch zweimal Miete und alles bezahlen . . ." Er läßt mich gar nicht ausreden. „Sie haben noch Lohn bekommen. Das ist fast so viel, wie ein halbes Jahr Sozialhilfe. Außerdem werden sie so viel Arbeitslosengeld bekommen." „Ja, 500 Mark weniger als ich Lohn bekam. Und das erst im Mai. Der Lohn ist doch längst weg. Ich kann doch mein Bankkonto nicht immer weiter überziehen. Die sehen doch auch, daß ich keinen Lohn mehr kriege. Da sind die dann bestimmt nicht mehr so freundlich mit überziehen und so." „Nein, nein, dafür können wir doch nichts. Wir haben hier unsere Bestimmungen. Hier kriegen Sie nichts." Ich hätte gerne noch so viel gesagt. Aber es kommt nur noch ein Krächzen.

Zu guter Letzt versuche ich es noch auf dem Wohnamt. Vielleicht springen dort wenigstens ein paar Mark Mietzuschuß für mich heraus. Tatsächlich werde ich dort das erste Mal zuvorkommend behandelt. Der Beamte hilft mir, den Antrag auszufüllen. Obwohl noch ein Schein vom Arbeitsamt fehlt, verspricht er, den Antrag doch schon zu bearbeiten. Ich soll den Schein nur so schnell wie möglich nachreichen. Doch auf einmal gerät er ins Stocken. „Ja, ab Mai ist alles klar. Da bekommen Sie Arbeitslosengeld. Das ist dann die Berechnungsgrundlage. Aber was ist mit April? Was haben Sie denn da für ein Einkommen?" „April — kein Einkommen. Das steht doch da." Jetzt fragt er einen Kollegen. Keiner weiß Bescheid. Schließlich muß ich zum Vorgesetzten. „Was steht da? Kein Einkommen? Das geht doch gar nicht. Waren Sie denn nicht auf dem Sozialamt?" „Doch, aber da gab's nichts." „Ja, aber wovon leben Sie denn jetzt?" Ich beiße mir in die Hand. „Nein, nein. Das geht doch nicht. Kein Einkommen. Das ist im Computer gar nicht vorgesehen." „Dann müssen Sie Ihren Computer mal auf die Wirklichkeit umschalten." Doch das nützt nichts. Schließlich muß ich unterschreiben, daß ich im April ein Einkommen von 261 DM habe. Denn das geht ja wirklich nicht. Der Computer müßte ja verrückt werden. Kein Einkommen — wir haben ja schließlich einen Sozialstaat!

Beteiligt Euch an den Wettbewerben!

I. Der „Rote Morgen" gibt die Wahrheit wider

unter diesem Motto ruft die Redaktion des „Roten Morgen" alle Genossen der Partei, der ROTEN GARDE und alle Freunde des „Roten Morgen" zu einem Artikelwettbewerb auf. Ausgezeichnet werden diejenigen Artikel, die am anschaulichsten und überzeugendsten einzelne Fälle oder Ereignisse aus dem Leben im Kapitalismus schildern und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus zeigen. (Fotos zum Text sind erwünscht.) Teilnahmeberechtigt ist jeder Leser des „Roten Morgen", der seinen Artikel (er darf nicht länger als 200 Schreibmaschinenzeilen sein) bis zum 1. Juni (Einsendeschluß) an die Redaktion des „Roten Morgen" abschickt.* Name und Anschrift nicht vergessen!

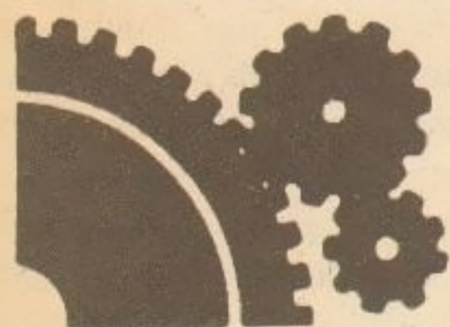
1. Preis: eine Reiseschreibmaschine und ein Wochenendbesuch bei der Redaktion des „Roten Morgen";
2./3. Preis: Buchpreise.

II. Gesucht wird das beste „Roter Morgen"-Werbeplakat

Aufgerufen ist jeder Leser des „Roten Morgen", sich an diesem Wettbewerb für ein gelungenes Plakat für die Werbung für den „Roten Morgen" zu beteiligen. Wer mitmachen will, muß seinen Entwurf spätestens bis zum 1. Juni an das zentrale Parteibüro in Dortmund senden. (Name und Anschrift nicht vergessen!) Die drei besten Entwürfe werden mit Buchpreisen ausgezeichnet. Der beste Entwurf wird als Plakat gedruckt.*

* Der Rechtsweg ist bei beiden Wettbewerben ausgeschlossen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Ohne Schutzkleidung am Säurebad

Liebe Genossen!

In der Maschinenfabrik, aus der ich vor einiger Zeit gefeuert worden bin, mußten die Lehrlinge aus dem 1. Ausbildungsjahr Rahmen mit einer giftigen Säure waschen. Wir wußten nicht einmal, wie gefährlich das Zeug ist. Ich beschrieb einem Genossen die Wirkung der Säure und er meinte, daß das wohl ein Kemniabad ist. Kemnia entzieht der Lunge Luft und bewirkt, daß die Lungenödeme zerstört werden.

Und was meinte der Meister dazu? „Jungs, ich kann euch ja verstehen, daß ihr diese Schmutzarbeit nicht gerne macht. Mir wäre es auch lieber, ein paar Pestalozzi-Schüler würden das für 5 DM die Stunde machen. Aber der Chef will das nicht. Aber wir wollen nicht ungerecht sein, jeder von euch kommt dran." Aber auch das war eine Lüge: Wenn er jemand auf dem Kieker hatte, ließ er ihn Rahmen waschen.

Die Kapitalisten wissen ganz gut, wie gefährlich das Zeug ist — nicht umsonst verschweigen sie uns den Namen. In der Fabrik ist es vor ein paar Jahren dazu gekommen, daß ein Kollege von den Dämpfen umgefallen ist. Er hatte in einem geschlossenen Raum gearbeitet, weil ihm keiner gesagt hatte, wie gefährlich das Zeug ist. Jetzt müssen die Lehrlinge diese gefährliche Schmutzarbeit machen, ohne Maske, bloß mit einem zerfressenen „Schutz"anzug, Gummihandschuhen und einer „Schutz"brille, die ohnehin nichts taugt. Ein Kollege hat sogar Spritzer ins Auge bekommen. Ein anderer hatte im Gesicht Ausschlag bekommen.

Am besten verweigert man als Lehrling diese Arbeit — mit Ausbildung hat das nichts zu tun. Ansonsten muß man für ordentliche Schutzkleidung kämpfen, die nach Gebrauch gewaschen wird, für Schutzschuhe, damit die eigenen Schuhe nicht zerfressen werden und für eine ordentliche Gesichtsmaske und natürlich eine Schmutzzulage. An diesem Beispiel sieht man wieder, daß dem Kapitalistenpack unsere Gesundheit nicht mal einen Pfifferling wert ist.

Rot Front! Ein Genosse.

Coop Gelsenkirchen: Überstunden verweigert — gefeuert!

Liebe Genossen!

Ich habe gestern erfahren, wie die Kassiererinnen und Arbeiterinnen von Plaza, das zur Coop-Gruppe gehört, behandelt werden. So, wie sich der reaktionäre DGB-Apparat nach außen gibt, für die Rechte der Arbeiterklasse, genauso umgekehrt verhält er sich. Nicht nur, daß der DGB-Apparat systematisch den Lohnraub mit vorantreibt, er unterdrückt auch die Arbeiter in seinen Betrieben, wie z. B. Plaza, das mit den Beiträgen, also mit unserem Geld gebaut wurde. Dazu möchte ich ein Beispiel von einer Bekannten schildern, die im Plaza in Gelsenkirchen-Buer arbeitet, das am 31. 3. eröffnet wurde.

An der Kasse im Plaza sind ausschließlich Halbtagskräfte beschäftigt. Jetzt, kurz vor der Eröffnung, sollten alle acht Stunden arbeiten. Gebraucht wird diese Zeit, um die Kassiererinnen auf Diebstähle bzw. deren Verhinderung zu trimmen. So gingen die Bosse z. B. mit einer Unterhose versteckt in einem Bohrmaschinenkasten durch die Kassen. Die Aufgabe war jetzt, die Unterhose zu finden. Wenn nicht, dann gab es natürlich Minuspunkte. Dieses Spiel wollte natürlich keiner mitmachen und alle weigerten sich. Am nächsten Tag nun wurden Listen herumgereicht, in die sich diejenigen eintragen sollten, die keine Überstunden machen können. Trotz dieses Spaltungsmanövers trugen sich noch sechs Leute in die Liste ein. Diese sechs waren es dann auch, die einige Stunden später zum Personalchef gerufen wurden. Sie wurden fristgerecht gekündigt und zwar mit den Worten: „Wenn Sie nicht wollen, dann wollen wir auch nicht."

An diesem Beispiel zeigt sich wieder, welche Rolle der DGB-Apparat spielt. Er ist auch ein profitgieriges Unternehmen, das zur Bourgeoisie und zu den Blutsaugern in der BRD gehört. Nur die Diktatur des Proletariats unter der Führung der korrekten Partei, der KPD/ML, kann diesem Treiben ein Ende bereiten.

Rot Front!
Ein Genosse aus Wattenscheid.

Die Stimme eines Jasa-Kollegen

Wir hatten Gelegenheit, ein kurzes Gespräch mit einem weiteren Kollegen von Jasa zu führen. Dieser Kollege ist eines der fünf Mitglieder des Komitees der Beschäftigten von Jasa zur Verteidigung ihrer Rechte.

RM: Was ist Ihre Meinung von Jacobi?

Kollege: Also wenn einer schon längere Zeit hier geschafft hat, der kennt ihn und weiß wie er ist. Eine gute Meinung hat niemand von ihm. Der Arbeiter ist für Jacobi gleich null. Der holt aus dem Arbeiter das heraus, was rauszuholen ist und wenn er nicht mehr kann, dann jagt er ihn zum Teufel.

RM: Wie stehen die Chancen hier, einen neuen Arbeitsplatz zu finden?

Kollege: Es sieht schlecht aus und es sind ja meistens auch ältere Kolle-

RM: Wir haben erfahren, daß die Einheit in der Belegschaft sehr stark ist.

Kollege: Ja, auch das ist eine gute Sache bei dem Betriebsrat, daß der die Belegschaft zusammenhält und es ist noch nie so eine Einigkeit hier in der Belegschaft gewesen wie jetzt im Augenblick.

RM: Wie ist Ihre Meinung über den Roten Betriebsrat?

Kollege: Über den Betriebsratsvorsitzenden, da kann ich bisher nur Gutes sagen, aus dem einfachen Grund, er setzt sich für die Leute ein und vertritt die Interessen der

Roter Betriebsrat berichtet über Konkurs bei Jasa

Die Belegschaft kämpft um ihre Rechte

Jasa ist ein kleiner Textildruck-Betrieb in Hirschau, einem Vorort von Tübingen. Vor kurzem hat Jacobi, der Besitzer, Konkurs angemeldet. Schon in den letzten Monaten wollte Jacobi keine Löhne mehr auszahlen. Durch einen Streik erzwangen die Kollegen vor einigen Wochen, daß sie wenigstens die Februarlöhne ausbezahlt erhielten. Jetzt wollen Jacobi und die Gläubigerbanken die Belegschaft um ihre finanziellen Ansprüche betrügen. Dagegen und für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze hat die Belegschaft den Kampf aufgenommen. Sie kann sich dabei auf ihren Betriebsratsvorsitzenden stützen, den Kommunisten Volker Nieber.

Auch wenn die Jasa-Belegschaft nur rund 30 Beschäftigte umfaßt, führt sie doch für ihre Rechte einen außergewöhnlich entschlossenen und konsequenten Kampf. Deshalb haben wir mit Volker Nieber, dem Roten Betriebsrat, ein Interview gemacht.

RM: Wie haben die Kollegen auf die Ankündigung über die Schließung des Betriebes reagiert?

Volker: Wir haben von dem Konkurs erst auf der Belegschaftsversammlung am 15. April erfahren, obwohl er schon viel länger feststand. Der Betriebsrat wurde kurz vorher informiert. Die Kollegen waren zunächst sehr betroffen, weil sie nicht wissen, wie sie wieder Arbeit finden sollen. Zwei Beispiele: Eine ältere Kollegin, sie ist 54 Jahre alt, ist seit einiger Zeit krank. Sie hat eine Hauterkrankung durch die Farben hier. Die Kollegin hat jahrelang 12 Stunden am Tag gearbeitet und oft auch noch samstags. Belohnt wurde sie damit, daß man ihr nie den Urlaub gewährte, der ihr zustand. Sie hat jetzt noch 56 Tage Urlaub ausstehen. Außerdem hat der Kapitalist Jacobi ihre Krankheit dazu benutzt, ihr den Februarlohn nur zum Teil auszuzahlen, weil sie nicht im Betrieb war. Ihr fehlen jetzt also auch vom Februar noch 500 DM. Ein ebenso empörender Fall ist der eines jungen, 17jährigen Kollegen. Ihn hat Jacobi 14 Tage vor der Konkursanmeldung eingestellt, zu einem Zeitpunkt also, wo er genau wußte, daß er ihm keinen Lohn mehr zahlen würde. Der Junge hatte vorher einen Lehrkursus angefangen, den das Arbeitsamt nicht als Beschäftigungszeit zählt. Er kriegt jetzt also, weil er hier ja nur zwei Wochen gearbeitet hat, keinen Pfennig vom Arbeitsamt. Auf der anderen Seite ist aber seiner Mutter, die nach dem Tod ihres Mannes mit noch zwei weiteren Kindern allein dasteht, sofort das Wohngeld von mehreren hundert Mark gestrichen worden. In der Familie herrscht jetzt echte Not.

RM: Was hat der Betriebsrat bisher unternommen?

Volker: Wir haben sofort schriftlich der Anmeldung des Konkurses und den Entlassungen der Arbeiter widersprochen. Deshalb hat es auch bis jetzt keine Kündigungen gegeben, obwohl seit dem 15. 4. nicht mehr produziert wird. Der Betriebsrat hat ferner sofort erklärt, daß er alles tun wird, um den Kollegen, die ja seit Anfang März kein Geld mehr bekommen hatten (sie haben das Geld für März und April noch nicht bekommen), sofort zu Konkursausfallgeld zu verhelfen. Und daß er versuchen wird, die noch laufenden Verhandlungen auszunutzen, um die Arbeitsplätze zu retten. Vor allem hat der Betriebsrat darauf hingewiesen, daß es in dieser Situation das wichtigste ist, daß die Belegschaft geschlossen zusammensteht und daß die Belegschaft Druck auf alle Behörden, Banken usw. ausübt, weil sonst gar nichts in ihrem Interesse passieren wird.

Am 18. April wurde von uns das Komitee der Beschäftigten gebildet. Fünf Leute, die kämpferischsten

schlossen und sofort die Organisierung aller nötigen Schritte in die Hand genommen. Der Vorschlag zur Bildung dieses Komitees kam von der Partei.

RM: Wie hat sich die Gewerkschaft bei der ganzen Sache verhalten?

Volker: Als die Sache bekannt wurde, da war gerade Tarifverhandlung, wo der örtliche Gewerkschaftsführer auch in der Verhandlungskommission war. Ich hatte die Nummer und hab' ihn da rausgerufen. Da war er erst mal sehr ärgerlich, daß man ihn wegen dieser kleinen Pleite in einer kleinen Klitsche aus einer so wichtigen Verhandlung rausholt. Tage später war er dann hier, hat teilgenommen an der ersten Verhandlung über den Sozialplan und als dann die Geschäftsleitung gesagt hat, wir können schon verhandeln, aber das Ding bringt euch sowieso nichts, weil nichts mehr zu holen ist, da hat dann der saubere Herr gesagt: „Unterschreiben Sie doch, Herr Jacobi, dann kriegt das Ding nach außen ein schöneres Aussehen, dann sieht das nicht mehr so böse aus, wie jetzt die Arbeiter die Geschichte anschauen." Auch sonst, wenn wir uns an die Gewerkschaft wenden — von allein tut sie gar nichts — und sei es auch nur wegen einer Rechtsauskunft, bekommen wir nur juristische Sachen vorgesetzt. Die Gewerkschaft benimmt sich wie jede x-beliebige Behörde.

RM: Wie wird jetzt der Kampf weitergehen — einerseits um die unmittelbaren Ansprüche der Kollegen und andererseits um eventuell doch noch die Arbeitsplätze zu retten?

Volker: Der Kampf um die unmittelbaren Ansprüche der Kollegen hat bereits zu einem ersten Erfolg geführt. Wir haben heute die ersten Überweisungen des Konkursausfallgeldes, einen Vorschuß vom Arbeitsamt, bekommen. Das ist natürlich nicht das ganze Konkursausfallgeld, aber es hilft den Kollegen über die erste Not hinweg. Außerdem haben wir dafür gesorgt — nachdem Strom und Wasser für den Betrieb gesperrt worden waren —, daß die Wohnungen der italienischen Kollegen, die im Haus sind und das Büro des Betriebsrats mit Wasser und Strom versorgt werden, während das Büro des Chefs im Dunkeln liegt. Als nächstes wollen wir einen Sozialplan erzwingen — auch wenn der Chef sagt, es sei nichts mehr zu holen.
Was die Erhaltung der Arbeitsplätze angeht, hat die heutige Betriebsversammlung ganz klar die Entschlossenheit aller Kollegen gezeigt, den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu führen. Wir haben inzwischen bereits bei der hauptsächlichen Gläubigerbank, der Württembergischen Bank, gefordert, sofort den Betrieb hier wieder anlaufen zu

daß sie es nicht hinnehmen werden, daß allein Kapitalinteressen darüber entscheiden, ob hier 30 oder 35 Arbeitsplätze vernichtet werden. Wie die nächsten Kampfschritte aussehen, kann ich jetzt noch nicht genau sagen, das hängt davon ab, wie sich die Situation entwickelt.

RM: Wie habt ihr die bisherigen Erfolge errungen?

Volker: Dadurch, daß die Belegschaft sehr einig ist, daß die Kollegen dem Chef, den Behörden usw. gegenüber nicht alleine gegenübertreten, sondern immer mit einer Delegation von 4-5 Kollegen. So sind wir zum Beispiel einmal dem Arbeitsamt hier in Tübingen mit 30 Mann — der gesamten Belegschaft — auf die Bude gerückt und die Herren haben daraufhin ihren üblichen Papierkrieg und ihre Vorschriften über den Haufen werfen müssen.

RM: Wie ist jetzt die Stimmung unter den Kollegen?

Volker: Zum einen ist die Wut über Jacobi, der uns ausgeplündert und getäuscht hat, groß. Vor allem auch wegen der Betrügereien, die wir jetzt aufgedeckt haben, als wir uns die Lohnabrechnungen von März und April vorgenommen haben. So hat der Chef zum Beispiel bei einem Kollegen im Februar 43 Stunden zu wenig ausgerechnet. Eine andere Sache ist, daß der Chef seit Januar die Beiträge für die Vermögensbildung, die bei uns in Form einer Lebensversicherung läuft, nicht mehr eingezahlt hat. Gleichzeitig hat er aber in seiner Eigenschaft als Bezirksdirektor der Gothaer Lebensversicherung, wo er auch jetzt noch jeden Monat 5.000 Mark verdient, diese Beiträge immer angemahnt. Was ihn nicht daran hindert, jetzt auch noch 11.000 DM Konkursausfallgeld zu fordern usw.

Zum anderen ist die Stimmung in der Belegschaft aber auch durch die bisherigen Erfolge geprägt, dadurch, daß sie weiß, daß man etwas erreichen kann, auch wenn man nur ein kleiner Betrieb ist.

RM: Ihr habt ja seit der Bekanntgabe des Konkurses schon mehrere Betriebsversammlungen durchgeführt?

Volker: Ja, alle vier Tage war Betriebsversammlung. Am kommenden Montag wird die nächste Betriebsversammlung sein. Unter anderem werden wir dann darüber sprechen, wie man am schnellsten die Belegschaft zusammenholen kann, damit für den Fall der Konkursablehnung, wenn also die Gläubiger hier angelaufen kommen, die Belegschaft geschlossen ihre Rechte sichern kann.

RM: Was bedeutet die Ablehnung des Konkurses?

Volker: Würde der Konkurs eröffnet, hätte die Belegschaft einen juristischen Anspruch auf die Konkursmasse — es stehen ja für uns noch die Löhne von März und April aus, Vermögensbildungsgelder usw. Und zwar könnten diese Ansprüche nach der Konkursordnung an vierter Stelle — nach der Bezahlung des Konkursverwalters, seiner Geschäfte, der Bezahlung der Gerichte — angemeldet werden. Das ist aber eine Regelung, die praktisch nur auf dem Papier steht. Denn um ihre Ansprüche zu sichern, haben die Gläubigerbanken bereits Maschinen usw. sicherungsübereignen lassen, so daß jetzt die Konkursmasse so klein ist, daß wahrscheinlich gar kein Konkurs eröffnet wird. Dann aber heißt es für alle Gläubiger: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Wir werden dafür sorgen, daß das die Arbeiter sind. Die Belegschaft hat klar gesagt, daß sie sich nicht vor der Nase wegschnappen lassen wird, wofür sie jahrelang

6,4-Prozent-Lohnraub im Ruhrbergbau

Interview mit einem kommunistischen Bergarbeiter

In der vergangenen Woche gingen die Tarifverhandlungen im Ruhrbergbau zu Ende. Die RAG-Kapitalisten und der Gewerkschaftsapparat der IG Bergbau und Energie wollen die Steinkohlekumpel in diesem Jahr mit 6,4 Prozent mehr auf Lohn und Gehalt abspeisen. Um diesen unverschämten Lohnraub etwas zu „verschönern", gaben sie gleichzeitig bekannt, daß die sogenannte „Treueprämie" (Bezeichnung im Bergbau für die sogenannten „vermögenswirksamen" Leistungen nach dem 624-Mark-Gesetz) ab 1. Oktober um monatlich 13 DM erhöht werden. Wir sprachen mit einem kommunistischen Bergarbeiter von der Dortmunder Zeche Gneisenau über diesen Tarifabschluß.

RM: Was bringt dieser Tarifabschluß für den Kumpel?

Genosse R.: Eigentlich gar nichts. Diese 6,4 Prozent bedeuten Lohnraub. Ich bin in Lohngruppe Neun. Da sind das pro Schicht 4,85 DM mehr. Bei 20 Schichten macht das im Monat rund 95 Mark brutto aus. Netto komme ich damit auf höchstens 60 Mark im Monat. Was ist das schon gegenüber den gestiegenen Lebenshaltungskosten? Von der verschärften Arbeitshetze gar nicht zu reden.

RM: Die Gewerkschaftsbonzen stellen ja nun besonders die Erhöhung der sogenannten „Treueprämie" als „dicken Erfolg der IGBE" heraus.

Genosse R.: Das ist ein unverschämter Versuch, den Wunsch der Kumpel auszunutzen, etwas auf die hohe Kante zu legen. Praktisch ist es Zwangssparen. Den Nutzen haben die Kapitalisten, die über diese Gelder verfügen können. Manche Kollegen denken, daß die 6,4 Prozent kaum etwas bringen, während die „Treueprämie" letztlich doch etwas bringt, weil man sich ja nach sieben Jahren durch die Sparprämien eine erheblich höhere Summe auszahlen lassen kann, als auf das Konto eingezahlt wurde. Man hat dann ein paar tausend Mark zur Verfügung. Ich meine aber: Wer weiß denn, was dieses Geld nach sieben Jahren überhaupt noch wert ist, das uns jetzt empfindlich von unserem knappen Lohn abgeht?! Der andere Haken dabei ist: Wer garantiert mir, daß ich noch soundsoviel Jahre Arbeit habe, daß ich nicht vorher schon arbeitslos werde? Den Kapitalisten und den Gewerkschaftsbonzen geht es dabei in erster Linie darum, daß wir uns Illusionen über unsere Lage im Kapitalismus machen. Wir sollen uns einbilden, wir hätten nicht eine weitere Verelendung zu erwarten, sondern eine Verbesserung unserer Lage. Gleichzeitig will man natürlich die Wut über den 6,4 Prozent-Abschluß dämpfen, der praktisch einen Abbau der Reallöhne bedeutet.

RM: Wie war die Reaktion deiner Kollegen auf den Lohnraubabschluß?

Genosse R.: Die Reaktion war widersprüchlich. Einerseits ist eine gewisse Resignation da. „Die Gewerkschaftsbonzen machen mit den Unternehmern gemeinsame Sache und wir sind immer die Betrogenen", hört man oft sagen. Andererseits ist da aber eine ziemliche Wut, Empörung und Haß, und auch der Wunsch, gegen den Verrat zu kämpfen. Verschiedentlich griffen Kollegen reaktionäre Vertrauensleute wütend an und nannten sie Verräter und „Laumänner" (Nichtstuer). Ein Kollege titulierte die Gewerkschaftsbonzen als „Schweine, die den unverschämten Tarifabschluß erst möglich gemacht haben". Trotzdem hat der Gewerkschaftsapparat mit seiner heimtückischen Demagogie von wegen „wirtschaftlicher Vernunft" und „in der Krise kann der Arbeiter nicht kämpfen" immer noch einen gewissen Erfolg. Dafür sorgt übrigens auch die D„K"P, die sich zwar „radikal" gibt, aber gleichzeitig systematisch die Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes gegen das Kapital und den Staat vertuscht.

RM: Gewerkschaftsboß Schmidt hetzt ja ganz offen gegen den Kampf der Arbeiter. So faselte er: „Mit dem klassischen Faustschlag auf den Verhandlungstisch sind keine Realitäten wie die Stahlflaute und mangelnder Koksabsatz zu verändern."

Genosse R.: Mit einem konsequenten Streik hätten wir allerdings etwas ändern können. Zwar nichts an der Stahlflaute oder den Halden. Aber daß man uns mit einem Lohnraub abfertigt. Allerdings muß das ein Streik sein, der nicht unter Führung des IGBE-Apparates steht, ein sogenannter „wilder Streik" also. Davor haben die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen große Angst. Sie wollen uns weismachen, der Klassenkampf sei „veraltet". Dabei sieht man schon im kleinen, daß das eine Lüge ist. Zum Beispiel an den ständigen Gedingekämpfen der Ortshauer mit den Steigern.

RM: Der Kern der ganzen Stillhaltepropaganda ist ja die verlogene Ideologie, zwischen Arbeitern und Kapitalisten würde ein gemeinsames Interesse bestehen.

Genosse R.: Gemeinsames Interesse? Allein auf unserer Schachtanlage hatten wir über 800 Unfälle im letzten Jahr. 13 Kollegen bezahlten mit dem Leben. Wofür? Für noch höhere Profite der Kapitalisten. Und wenn sie aufgrund der Absatzlage oder anderer Faktoren keine hohen Profite mehr aus unserer Arbeit erwarten können, werfen sie uns Arbeiter einfach auf die Straße. Inzwischen ist übrigens das Gerücht aufgetaucht, daß auf Gneisenau 600 Kumpel entlassen werden sollen und daß unsere Schachtanlage in ein bis zwei Jahren dichtgemacht werden soll. Wo sind da gemeinsame Interessen? Ein Hohn! Die Ausbeuter und ihre Handlanger wollen die Lasten der Krise vollständig auf den Kumpel abwälzen und wir sollen das widerstandslos hinnehmen. Nein! Für den Arbeiter hat nur eines Sinn: kompromißlos gegen den Kapitalismus und gegen alle Angriffe der Kapitalisten kämpfen.

RM: Wie greift die Partei auf der Zeche in den Kampf ein?

Genosse R.: In der Tarifrunde haben wir dazu aufgerufen, gegen den geplanten Lohnraub zu kämpfen. Wir haben die Notwendigkeit gezeigt, daß man eine Front gegen die Kapitalisten und gegen den DGB-Apparat schmieden muß, daß man revolutionär gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen muß. Ein Instrument dabei war unsere Betriebszeitung „Schlag zu". Aber wir haben auch Kumpel zu Hause besucht, um in Ruhe über die Probleme mit ihnen sprechen zu können und um unsere Kontakte auf der Zeche zu festigen. Da haben wir natürlich nicht nur über den Gewerkschaftsapparat diskutiert und über die Tarifrunde, sondern auch über die Frage: Wie kommt der Arbeiter aus der ganzen Misere dieses Ausbeutersystems heraus? Ist die Revolution real möglich? Kann sich die Arbeiterklasse endgültig befreien?

Wir haben uns die Aufgabe gestellt, in Zukunft noch stärker und besser überall dort einzugreifen, wo Angriffe der Kapitalisten kommen, wo Empörung und Wut unter den Kollegen aufkommt und wo sie Widerstand leisten wollen. Wir meinen, daß wir dadurch auf den Zechen die Kollegen zusammenschließen und eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen können.

Chemietarifrunde

Lohnraubabschluss in Hessen

Im Tarifbezirk Hessen, dem mit 100.000 Beschäftigten wichtigsten Bezirk, sind die Tarifverhandlungen bereits beendet. Die Vertreter des Chemie-Kapitals und des Gewerkschaftsapparates der IG Chemie haben eine Lohnraubvereinbarung von 7% getroffen. Bei Lohngruppe 9 bringt das netto höchstens 65 bis 70 Mark mehr im Monat. Damit können die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht aufgefangen werden. Unter den Arbeitern waren viel höhere und zudem lineare Forderungen, Festbeträge, die sich um die 200 Mark bewegen, aufgestellt worden.

Sogar die Vertrauensleutekörper verschiedener Betriebe, wie z. B. Merck in Darmstadt, stellten Festgeldforderungen auf, die sich annähernd in dieser Höhe bewegten. Daß dieser Tarifabschluß um Bruchteile eines Prozents über den Abschlüssen anderer Branchen liegt, ändert nicht das Geringste daran, daß dies ein empörender Verrat des IG Chemie-Apparates an den Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten ist.

Die IG Chemie-Bonzen hatten ja angesichts der enormen Profite der Chemiekapitalisten getönt: „Wir können mehr verlangen, die Bosse können zahlen." Aber sie sagten das keineswegs, weil sie für eine wirkliche Lohnerhöhung sind. Schließlich haben sie ja die viel höheren Forderungen, die von Kollegen gegen ihre Verratsforderung (9,5%) aufgestellt worden waren, als „unrealistisch" und „überzogen" unterdrückt und alles getan, um ja eine machtvolle Streikbewegung zu verhindern. Mit solchen Parolen wollen sie vielmehr die Kollegen davon abhalten, unversöhnlich gegen die Kapitalisten zu kämpfen. Als ob es gemeinsame Interessen zwischen Arbeitern und Kapital gäbe und es dem Arbeiter dann gut gehe, wenn die Kapitalisten große Profite scheffeln.

Die Realität sieht ganz anders aus. In der Chemieindustrie haben die Kapitalisten im vergangenen Geschäftsjahr ihren Umsatz um 16 Prozent von 79 Milliarden auf 92 Milliarden erhöhen können. Ihre Profite stellen alles bisherige in den Schatten. Kein Wunder, wo sie doch die derartig gesteigerten Umsätze mit einer um 2,2 Prozent reduzierten Beschäftigtenzahl erzielten. So konnten sie die Lohnstückkosten um 8 Prozent herunterdrücken. Mit anderen Worten: Durch rücksichtslose Rationalisierung, durch Entlassungen und wilde Arbeitshetze, durch Abbau von „sozialen Leistungen" haben die Chemiekapitalisten unter Ausnutzung der schwierigen Lage der Arbeiter und kleinen Angestellten infolge der Massenarbeitslosigkeit Rekordprofite aus den Arbeitern herausgepreßt, haben sie also die Ausbeutung skrupellos verschärft.

Die Lage der Chemiearbeiter und kleinen Angestellten hat sich deshalb verschlechtert. Das drückt sich auch in den sich häufenden Arbeitsunfällen aus, im verstärkten gesundheitlichen Verschleiß und es zeigt sich darin, daß die Kollegen praktisch ärmer sind, daß ihr Lebensstandard sinkt, während der Reichtum der Chemiekapitalisten ungeheuer anwächst. Diese Tatsachen verdeutlichen, daß das Gerede von „gemeinsamen Interessen" mit dem Kapital Betrug ist und daß es für die Arbeiter im Lohnkampf immer nur eine Devise geben kann: kompromißlos für ihre Interessen zu kämpfen und die Kapitalisten zu möglichst großen Zugeständnissen zu zwingen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



ROTER LAUTSPRECHER

Zeitung der Betriebszelle Siemens Wernerwerk der KPD Marxisten-Leninisten

Kampf der Rationalisierung bei Siemens

Im Hausgerätewerk werden in Abteilung 031 unmittelbar nach dem Tarifabschluß die Zeiten am Band so gekürzt, daß viele Kolleginnen die ihnen zustehenden Bandpausen durcharbeiten, um auf ihre Zeit zu kommen. Für mehr Arbeit weniger Geld! Im Fg-Bereich im Wernerwerk wurden in einigen Abteilungen neue Zeiten festgelegt, weil die Zeiten der Montiererinnen und Löterinnen „zu gut" gewesen seien. Wer jetzt nicht doppelt so viel schafft, geht mit weniger Geld nach Hause. Ein anderes Mittel ist, daß nur noch 80 Minuten abgerechnet werden dürfen. Auch auf solche Weise wird der Lohnraub organisiert.

Man sieht also: Obwohl die Tariflöhne erhöht wurden, gehen viele Kolleginnen und Kollegen mit weniger Geld nach Hause. Dieser auf unterschiedliche Weise betriebene Lohnraub ist nur ein Gesichtspunkt bei der gegenwärtigen kapitalistischen Rationalisierung im gesamten Siemens-Konzern. Der andere ist die Fortsetzung der Entlassungen.

Da machte Springers „BZ" kürzlich einen großen Rummel um 800 Arbeitsplätze, die Siemens in Westberlin neu geschaffen haben sollte. Kein Wort natürlich über die vielen hundert Entlassungen der letzten Monate, kein Wort, daß weiter Kollegen, vor allem ältere, entlassen werden. Kein Wort, daß weiter Abteilungen geschlossen werden, daß die neue Galvanik — vor kurzem noch als „modernste Anlage" gepriesen — jetzt dichtgemacht wurde.

Was hat es mit den 800 neuen Arbeitsplätzen nun auf sich? Für die Fertigung des neuen Fernschreibers T 1000 werden natürlich Arbeitskräfte gebraucht. Wie gehen die Siemens-Kapitalisten vor? Da werden zunächst die älteren Kollegen und viele Facharbeiter des früheren D-Bereichs entlassen — und nun stellt man neue Leute ein — für wesentlich weniger Geld, versteht sich. Und Facharbeiter werden möglichst ersetzt durch ungelernte. Da kann man schon einiges an Extraprofiten rausholen, wenn man so, für viele unmerklich, den Lohn kürzt.

Es ist also nicht so, wie die „BZ" uns einreden will, Siemens würde gar keine Arbeitsplätze wegrationalisieren, sondern neue schaffen. Die meisten dieser Arbeitsplätze werden durch innerbetriebliche Stellenausschreibungen besetzt und auf diese Weise gleichzeitig Abbau alter Arbeitsplätze vertuscht. Der eigentliche Witz dieser Maßnahmen ist aber, stillschweigend Lohnraub betreiben zu können.

Auf einer Betriebsversammlung für den Bereich Fg im Wernerwerk klagte Herr Schenkenbach von der Geschäftsleitung über eine ungenügende Auslastung der Kapazitäten (65%). Man will uns weismachen, die Produktion sei beträchtlich zurückgegangen, die Kapitalisten hätten es sehr schwer . . . aber alle Zahlen, die Siemens selbst veröffentlichte, beweisen, daß Profite gemacht wurden wie selten zuvor. Die Rationalisierung hat bewirkt, daß trotz Entlassungen die Umsätze stiegen. Die Auslastung der Kapazität von 65% ist scheinbar bedenklich gering. Das ist aber nur eine vorübergehende Erscheinung, eine zwangsläufige Folge der technischen Umstellung im Zuge der Rationalisierung. Für uns heißt das aber, daß die Siemens-Kapitalisten planen, im Zuge dieser Umstellung noch solange zu entlassen, bis die Kapazitätsauslastung den für sie günstigsten Grad erreicht hat.

Man kann ganz eindeutig feststellen, daß sich die Lebenslage der Arbeiterklasse — und das nicht nur bei Siemens — weiter verschlechtert hat. Dies hat aber die Empörung großer Teile der Werktätigen hervorgerufen und viele Kollegen haben erkannt, daß man sich zusammenschließen muß, um gegen die Angriffe der Kapitalisten kämpfen zu können. Wir Kommunisten sagen: Wir müssen uns auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen, um nicht nur einzelne Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen, sondern um den Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu organisieren. Seit über 100 Jahren sind Arbeiter und Werktätige immer wieder aufs neue bereit, diesen Kampf für die Abschaffung der Lohnsklaverei, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bis zum Ende zu führen.

Meldungen aus den Betrieben

KÖLN

Die Klage des Roten Betriebsrats Franz Meyer von KHD in Köln gegen seine fristlose Entlassung (die auf Antrag der reaktionären IGM-Betriebsratsclique erfolgte) wurde jetzt vom Landesarbeitsgericht in Düsseldorf in der Berufungsinstanz abgewiesen. Auch in der 1. Instanz war die fristlose Entlassung bereits als „rechtmäßig" bestätigt worden. Das Landesarbeitsgericht war zwar gezwungen, den ursprünglichen „Kündigungsgrund", nämlich die Teilnahme des Roten Betriebsrates an der betrieblichen Jugendversammlung, fallen zu lassen. Um jedoch dennoch die Entlassung bestätigen zu können, setzte das Landesarbeitsgericht einen zweiten Verhandlungstermin an, der jetzt am 13. April stattfand. Auf diesem zweiten Termin wurden von KHD neue „Zeugen" aufgefahren, nämlich Vertreter der Geschäftsleitung und des IGM-Apparats, die aussagten, Franz Meyer hätte auf der Jugendversammlung Äußerungen gemacht, die die Werksleitung und die IGM-Betriebsräte beleidigten und deshalb eine „Störung des Betriebsfriedens" darstellten. Obwohl die Zeugenaussage eines Jugendlichen demgegenüber zeigte, daß diese Behauptungen nicht den Tatsachen entsprachen, lautete das Urteil dann: Ablehnung der Klage gegen die Entlassung wegen erwiesener „Störung des Betriebsfriedens". In Wahrheit war Genosse Franz Meyer nur deshalb entlassen worden, weil er sich als Roter Betriebsrat konsequent für die Interessen der Kollegen einsetzte.

BAU-TARIFRUNDE

Im Baugewerbe haben die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen jetzt noch am 29. April, einen Tag vor Ablauf der „Friedenspflicht", einen Lohnraubabschluß durchgezogen. Die Tariflöhne sollen um 6,4 Prozent erhöht werden. Das bedeutet massiven Lohnraub, denn erstens fängt diese Tariferhöhung die gestiegenen Lebenshaltungskosten keineswegs auf. Zum anderen aber wurden in den vergangenen Monaten die Löhne der Bauarbeiter durch Abbau übertariflicher Lohnbestandteile usw. erheblich gekürzt.

Die Kapitalisten, der Gewerkschaftsapparat und auch die bürgerliche Presse (einschließlich dem D„K"P-Blatt „UZ") sprechen betrügerischerweise von einem 7,2-Prozent-Abschluß. Dahinter steckt ein plumper Taschenspielertrick: Zu den 6,4% Tariferhöhung zählen sie einfach eine zusätzlich vereinbarte Anhebung des 13. Monatsgehalts um 0,8 Prozent dazu und kommen so plötzlich auf die Zahl von 7,2. Die Kollegen müssen den 6,4%-Lohnraub geschlossen bekämpfen und den Kapitalisten und dem arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat einen Strich durch die Rechnung machen.

Revisionistisches

WÄHL' MICH ODER ICH FRESS DICH

„Mit Speck fängt man Mäuse" — das ist das heimliche Motto der verschiedenen Volks- und sonstigen Festivitäten der D„K"P. Nicht das Interesse des arbeitenden Menschen ist es, was den durchschnittlichen D„K"Pler bewegt, seine Betriebszeitung zu verteilen, im Berufsverbotekomitee zu arbeiten, gegen Kernkraftwerke zu sein, sondern ... Aber hören wir die D„K"P selbst. Hören wir, was Franz-Josef Degenhardt, der Haussänger der D„K"P, in einem zum diesjährigen UZ-Pressefest geschriebenen Lied dazu meint.

Das Lied handelt von den verschiedenen Steinen, die einem D„K"Pler so in den Weg gelegt werden — nicht etwa von den Kapitalisten, von der Polizei. Nein, sondern von den „Chaoten" im Betrieb, die „alles wieder versau'n" und ähnlichem. Am Ende der Strophen heißt es dann jedesmal:

„Dann schreit man ganz leise, aber man schreit:
Verdammt, wann ist das endlich soweit,
Und wir feiern das Fest
Unserer Zeit, unserer Zeit."

Welches Fest? Was ist der Lohn, den Franz-Joseph so sehnsüchtig als Preis für die tägliche Mühsal erwartet? Die letzte Strophe gibt Aufschluß. Da heißt es:

„Und wenn man dann hier nun die Massen sieht,
Kegel und Kind und was da so zieht
lachen und trinken und hören dieses Lied,
die Herren vom Verfassungsschutz singen sogar mit,
dann schreit man ganz leise, aber man schreit:
Verdammt, dann wählt nun auch die Partei,
bei der Ihr jetzt seid, und feiert nicht bloß
das Fest unserer Zeit."

„Verdammt, ...", ja verdammt machtgierig, wie sich die D„K"P hier vorstellt. Voller Gier nach den gefüllten Futtertrögen in Bonn, an denen sie bis heute — trotz verstärkter „Sympathiewerbung" immer noch kein Plätzchen erwischen konnte. — Und voller Haß auf die Werktätigen, die nicht bereit sind, diese Partei zu unterstützen, muß man wohl ergänzen.

„Und wir feiern das Fest unserer Zeit", nennt Franz-Joseph sein Lied. Unser Verbesserungsvorschlag: „Wähl mich oder ich freß Dich!"

NEUE POLIZEI

Anläßlich der Kämpfe der Studenten in Italien beschimpfte der Boss der revisionistischen Gewerkschaft, Lucio Lama, die revolutionären Studenten als „neue Faschisten" und die „Unita", Zeitung der revisionistischen Berlinguer-Partei, vom 3. 2. 77 schreibt in einem Kommentar: „Die Polizeikräfte, denen die Verteidigung der Institutionen und die Sicherheit der Bürger obliegt, müssen instand gesetzt werden, die Entwicklung der provokatorischen Pläne zu verhindern... Die Beamten müssen in jedem Augenblick das Bewußtsein haben, daß das gesamte demokratische Lager hinter ihnen steht." Die richtige Antwort darauf geben die italienischen Studenten, die nicht nur gegen die Polizei, sondern auch gegen die „neue Polizei", die Revisionisten der „K"PI kämpfen.

EG-Agrarpreise

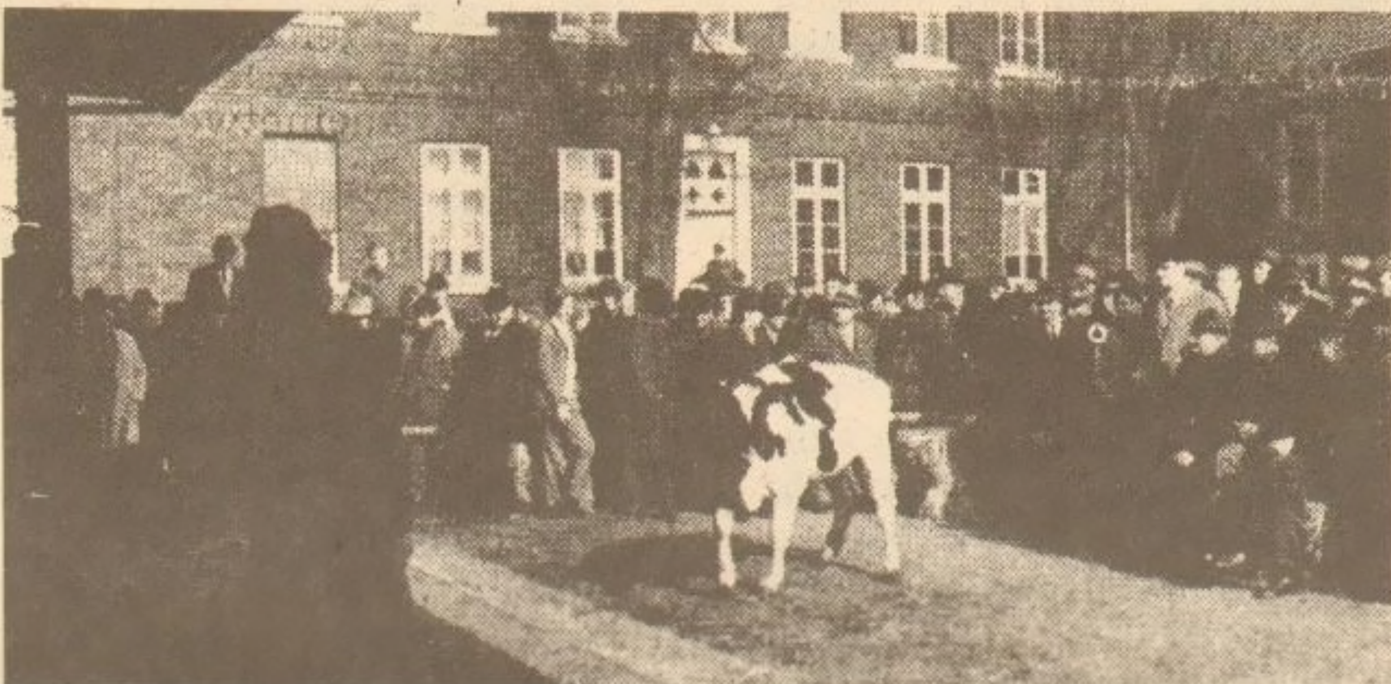
Weiterer Schritt zur Ruinierung der Kleinbauern

Monatelang hatten sie sich in den Haaren gelegen: die Landwirtschaftsminister der neun EG-Länder wollten die Agrarpreise für das kommende Wirtschaftsjahr festlegen. Wie immer, wenn die Vertreter der imperialistischen Mächte oder Monopole sich am Verhandlungstisch gegenübersitzen, so versuchte auch hier jeder, möglichst viel für sich herauszuschlagen, möglichst tief in den EG-Agrarfonds zu greifen, jenen riesigen Topf für Subventionen, die in Form von Steuern den Werktätigen der EG-Länder abgepreßt werden.

Was dabei herauskam, war schließlich ein Kompromiß: Um durchschnittlich 3,5% sollen die Agrarpreise angehoben werden. Für den Bonner Landwirtschaftsminister Ertl war dieses Ergebnis „vertretbar", und er stellte sich wieder hin als einer, der in der EG-Ministerrunde hart für die Interessen der westdeutschen Bauern kämpft. Aber weder in ihrem noch im Interesse der französischen, holländischen oder italienischen Bauern sind die Agrarminister zusammengekommen. Ihre Preisabschlüsse sind nur ein Glied in der Kette der reaktionären EG-Politik, die darauf ausgerichtet ist, die kleinen Bauern in den Ruin zu treiben.

Was haben denn zum Beispiel die Bauern der Bundesrepublik von den Preiserhöhungen zu erwarten? Zunächst einmal gilt für sie nicht eine 3,5%ige, sondern nur eine 2%ige Erhöhung. Noch härter betroffen sind die Milchbauern, Ihnen werden ganze 1,5% zugestanden. Darüber hinaus müssen sie ab September auch noch 0,9 Pfennig pro Liter Milch, den sie produzieren, an den Staat abführen. Wofür? Als Beitrag für die Beseitigung des Butterbergs, des Milchpulverbergs und was es da noch alles gibt. Als Beitrag also dafür, daß ihre Milchprodukte, Ergebnisse ihrer harten Arbeit, vernichtet oder zu Schleuderpreisen verscherbelt werden, etwa an die russischen Sozialimperialisten.

Eine zweiprozentige Erhöhung der Erzeugerpreise kann natürlich niemals auch nur annähernd die Teuerung auffangen, die auf den kleinen Bauern lastet. Landmaschinen, Düngemittel, Brennstoffe, all das ist in den letzten Jahren sprunghaft teurer geworden. So stiegen die Betriebskosten für die Bauern allein in der Zeit von 1970 bis 1976 um 43,2%. Die Folge ist eine noch stärkere Verschuldung der Bauern, die trotz der Teuerung versuchen, ihre Höfe zu halten. So ist bis heute schon eine Schulden- und Zinslast von über 32 Milliarden Mark angewachsen, die auf den westdeutschen Bauern liegt. Die Verschuldung ist aber nur der erste Schritt zum völligen Ruin der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe.



Versteigerung — oft die letzte Station bei der Ruinierung der Kleinbauern

Ertl selbst mußte in seinem letzten Agrarbericht im Februar zugeben, daß im laufenden Wirtschaftsjahr das Einkommen der Bauern gesunken ist, um 6%, wie er sagte. Allerdings kam Ertl zu diesem Ergebnis, indem er die kleinen und mittleren Bauern in einen Topf warf mit den Agrarkapitalisten, deren Gewinne teilweise kräftig gestiegen sind. Denn sie können sich, wie das auch in den anderen EG-Ländern der Fall ist, mit fetten Subventionen aus dem Agrarfonds bedienen. Den kleinen Bauern dagegen werden solche Unterstützungen verweigert. Begründung: Ihre Höfe liegen unter der „Förderungsschwelle". So sind die Einkommen der Kleinbauern tatsächlich viel stärker gesunken als um 6%, gleichzeitig müssen sie härter und auch länger arbeiten, um sich noch irgendwie über Wasser zu halten.

Das ist die Lage der Bauern heute. Und da hat Ertl auch noch die Frechheit, den Bauern die Preistreiberei bei den Lebensmitteln in die Schuhe zu schieben. Denn nichts anderes heißt es, wenn er jetzt behauptet, die Erhöhung der Erzeugerpreise würde automatisch eine Verteuerung der Lebensmittel nach sich ziehen. Aber es sind nicht die Bauern, die diese Preise machen, sondern die Lebensmittelkonzerne wie Unilever, Coop oder Oetker, sie drücken einerseits die Erzeugerpreise der Bauern so tief wie möglich, auf der anderen Seite schrauben sie die Verbraucherpreise auf eine Höhe, die um hundert Prozent über den Erzeugerpreisen liegt.

Ertl und die anderen Vertreter der Bourgeoisie versuchen mit solchen Lügen einen Keil zwischen Arbeiter und Bauern, die natürlichen Verbündeten im Kampf gegen den Kapitalismus, zu treiben. Aber so wenig sie verhindern können, daß sich die Kämpfe nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Bauern entwickeln, so wenig werden sie verhindern können, daß die Partei das revolutionäre Bündnis von Arbeitern und Bauern schmiedet als eine Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution.

Westberlin

Ordnungsrecht gegen revolutionäre Studenten

An der „Freien Universität" in Westberlin wurde jetzt zum ersten Mal seit den Kämpfen der Studenten 1969 das reaktionäre Ordnungsrecht angewandt. Gegen Studenten, die sich an den Streiks im Wintersemester 1976/77 beteiligten, wurden bisher 27 „Ordnungsverfahren" eingeleitet, fünf Studenten wurden bislang für vier Semester von der Universität verwiesen.

Einer von ihnen ist Wolfgang Mentzel, bekannt als Genosse des KSB/ML. Er nahm am Streik aktiv teil, kämpfte unter anderem zusammen mit anderen Studenten auch gegen Streikbrecher und Spitzel. Daraus soll ihm jetzt — als Drohung gegen alle fortschrittlichen Studenten — von der Universitätsbürokratie ein Strick gedreht werden.

Die Klageschrift des Ordnungsausschusses bezieht sich auf eine Auseinandersetzung bei einer juristischen Lehrveranstaltung während des Streiks, bei der ein reaktionärer Student, der die Streikposten fotografierte, von ca. 300 Studenten verjagt wurde, die versuchten, ihm den Fotoapparat abzunehmen. In der Klageschrift des Ordnungsausschusses heißt es dazu, der Denunziant sei „gewürgt" worden, „ohnmächtig zu Boden gesunken ... und der Gefahr des Zertrampelns, also der Tötung ausgesetzt gewesen". Wolfgang sei dabei der „Initiator" und „Rädelsführer" gewesen. Aber der Ordnungsausschuß geht noch weiter. Er wirft Wolfgang „versuchten Mord" vor und „Aufruf zur Menschenjagd", weil die Streikenden reaktionäre Studenten zu stellen versuchten, die Listen über die Streikposten anlegten, damit man später gegen sie vorgehen könne. Dabei soll — so die Klageschrift des Ordnungsausschusses — ein Spitzel „fast über das Treppengeländer in die Tiefe gestürzt sein".

Vier Ordnungsverfahren wurden deshalb allein gegen Wolfgang eingeleitet. Das Ergebnis: „Für jemand, der sich so verhält, ist an der Freien Universität Berlin, die eine Stätte geistiger Auseinandersetzung sein soll, kein Platz." Das Präsidialamt der „Freien Universität" ergänzt: „Die sofortige Vollziehung (der Verweisung von der Universität — RM) ist im öffentlichen Interesse geboten: Es ist für die FU Berlin schlechthin unerträglich, kriminelle Gewalttäter von der Art der Betroffenen auch nur noch vorübergehend unter ihren Mitgliedern zu dulden."

„Für jemand, der sich so verhält...", für „kriminelle Gewalttäter...", erklärt die Universitätsbürokratie. Und die Beweise? Es gibt sie nicht — und es braucht sie auch bei Ordnungsverfahren nicht zu geben. Was hier zählt, ist die Anklage, sind die Zeugen der Anklage. Entlastungszeugen haben kein Recht, gehört zu werden, der Angeklagte hat kein Recht, bei der Verhandlung anwesend zu sein. Gegen das „Urteil" und die sofortige Verweisung von der Universität gibt es kein Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung. Mit dem Ordnungsrecht kann die Universitätsbürokratie nach ihrem Gutdünken jeden fortschrittlichen, jeden revolutionären Studenten zum „Kriminellen" stempeln und behandeln wie einen Verbrecher.

Die Empörung unter den Westberliner Studenten über diese Angriffe auf aktive, revolutionäre Streikende ist groß. Zumal diese Angriffe sich keineswegs nur gegen die gegenwärtig von Ordnungsverfahren betroffenen Studenten richten, sondern gegen alle, die am Streik im Wintersemester teilgenommen haben, gegen alle, die den Streik militant führten. Denn was mit diesen Angriffen auf fortschrittliche Studenten, was mit dem Ordnungsrecht überhaupt, verhindert werden soll, ist der revolutionäre Kampf der Studenten an den Universitäten. Deshalb ist es von großer Bedeutung, diese Ordnungsverfahren zu bekämpfen, erneut in den Streik zu treten. Gerade das versuchen die Revisionisten der SEW und des ADS zu verhindern, indem sie von „Selbstanzeigen" schwärmen, „Streikvorbereitungsfristen" fordern usw. Der KSB/ML dagegen setzt sich für einen solchen Streik gegen die politische Unterdrückung an den Hochschulen ein und versucht, die Studenten im revolutionären Kampf zusammenzuschließen.

Vom Aufbau des Sozialismus

VOLKSREPUBLIK CHINA

In der VR China fand kürzlich in Datjing die nationale Konferenz „Lernen wir von Datjing in der Industrie" statt. Diese Konferenz wurde vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas einberufen. An der Konferenz beteiligten sich rund 7.000 Vertreter aus den Industriezweigen und Betrieben des ganzen Landes, Vertreter der Partei, des Staates und der Volksbefreiungsarmee. Auf der Konferenz wurde auf die Notwendigkeit der Verbreitung der fortgeschrittenen Erfahrungen von Datjing hingewiesen.

SOZIALISTISCHE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Am 21. April feierten die albanischen Kinder den Tag des Pioniers. Aus diesem Anlaß fand in Tirana ein Kinderliederfestival statt, an dem 300 Kinder aus den verschiedenen Bezirken des Landes teilnahmen. Es wurde eröffnet mit dem Lied „Für die PAA und Genossen Enver sind wir immer bereit". Am selben Tag fanden im ganzen Land verschiedene andere Kultur-, Kunst- und Sportveranstaltungen statt, die die Kinder durchführten. Treffen mit Veteranen des Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes und mit ausgezeichneten Arbeitern, mit Kadern der Partei und der Volksmacht wurden organisiert.

* * *

Aus Anlaß des 107. Geburtstages von Wladimir Iljitsch Lenin, des großen Führers und Lehrmeisters des Weltproletariats, werden in Albanien verschiedene Aktivitäten organisiert. Das Lenin-Stalin-Museum in Tirana wurde dieser Tage von zahlreichen Arbeitern der Betriebe der Hauptstadt, Studenten und Schülern, Werktätigen verschiedener Einrichtungen, Militärangehörigen und anderen besucht. Im Museum wurden Gespräche über alle Perioden des revolutionären Lebens und Schaffens von Wladimir Iljitsch Lenin organisiert. Den Besuchern wurden Dokumentar- und Spielfilme über Lenin vorgeführt.

Ferner fand ein Themen- und Vorlesungszyklus statt. Dazu gehörten Themen wie: Die Anwendung der Lehren Lenins über den Kampf gegen den Bürokratismus in Albanien, die PAA verteidigt die Prinzipien des Marxismus-Leninismus über die führende Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus und wendet sie auf die Bedingungen Albaniens an, und andere. Auch zahlreiche Besucher aus anderen Bezirken des Landes besichtigten dieser Tage das Lenin-Stalin-Museum.

Am 21. April fand im Kulturpalast der Hauptstadt ein Gespräch statt mit dem Titel: Die Anwendung der Lehren Lenins und Stalins unter den Bedingungen Albaniens im Kampf gegen den modernen Revisionismus. In den Militärverbänden wird die Vorlesung gehalten „Lenin und Stalin über die Stärkung der Armee, ihre Führung durch die Partei und die militärische Ausbildung des gesamten Volkes."

Mit Interesse verfolgen vor allem Jugendliche die Erzählungen aus dem Leben Lenins, wie über die Einfachheit Lenins, der Gymnasiast Wladimir Uljanow und andere.

In Arbeits- und Produktionsstätten, Dörfern, Militärverbänden und Schulen des Bezirks Tirana sind Fotoausstellungen über die geniale Gestalt Wladimir Iljitsch Lenin eröffnet worden.

Breite Solidarität mit Klaus Kercher

Der Tag, als das Paket kam

Bereits seit einigen Monaten ist Klaus Kercher, verurteilt wegen Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972, im Gefängnis. Klaus ist verheiratet und hat — seit kurzem — eine kleine Tochter. Zur Geburt der kleinen Julia erhielt Angelika Kercher vom ZK der KPD/ML ein Paket mit einigen Baby-Sachen. Angelika schreibt uns über den Tag, als das Paket kam:

„Als das Paket kam, war gerade eine Genossin zu mir gezogen, die mir während ihrer Ferien im Haushalt und mit der Kleinen half. (Sie war übrigens nicht die einzige Hilfe. Ständig war jemand von den Genossen oder Sympathisanten hier. Sie putzten, erledigten Sachen für mich, kochten, brachten Kindersachen. Alle Nachbarn sind schwer beeindruckt davon.)

Am Nachmittag des gleichen Tages kamen zwei Kollegen von mir, mit denen mich freundschaftlicher Kontakt verbindet, seit wir vor kurzem zusammen gegen die Streichung der Überstundenbezahlung und gegen andere Verschlechterungen gestanden hatten, in dem Heim, wo wir arbeiten. Gerade diese Kollegen hatten mich durch ihr mutiges und konsequentes Auftreten beeindruckt. Wir haben viel diskutiert und ich habe ihnen auch über Klaus erzählt. Sie wollen ihm jetzt schreiben (obwohl sie ihn persönlich gar nicht kennen) und helfen mir bei der Suche nach einer Pflegestelle für Julia.

Diese Kollegen saßen kaum, als es klingelte. Vor der Tür standen drei Kollegen von Klaus. Sie brachten einen Blumenstrauß, eine Glückwunschkarte von ausdrücklich allen Kollegen und gesammelte 25 DM! Der ältere Kollege, der das Wort führte, erzählte, mittags hätten sie beim Essen gesessen und plötzlich sei die Rede darauf gekommen: Wem haben wir denn das eigentlich zu verdanken? Doch dem Klaus — also los, Jungs, jetzt wird gesammelt, da ist doch inzwischen sein Kind gekommen! (Ich sagte, das erkämpfte Kantinenessen sei doch dem Zusammenstehen aller Kollegen zu verdanken, aber sie beharrten darauf, daß Klaus die Sache in die Hand genommen habe.)



Klaus Kercher bei einem Tag Urlaub zu Hause mit seiner kleinen Tochter Julia — „mit einer Strampelhose von Euch bekleidet", schreibt Angelika Kercher.

Ich freute mich natürlich sehr. Allen Kollegen zeigte ich die Sachen vom ZK der Partei, las die Glückwunschkarte vor, erzählte vom Blumenstrauß, den ich bereits im Krankenhaus bekommen hatte und zeigte einen Tragekorb für die Kleine, den die Partei-Ortsgruppe gespendet hatte. „Donnerwetter", sagte der ältere Kollege von Klaus. „Ihr haltet wirklich zusammen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es sowas bei CDU oder SPD gäbe. Also, das muß man den Kommunisten schon lassen."

Aber mit diesem Nachmittag war der Tag noch nicht vorbei! Gegen Abend rief eine Rentnerin an, die Klaus und mich von Hausbesuchen her kannte. Sie hatte von anderen Genossen von Julias Geburt erfahren und wollte gratulieren und sich nach Klaus erkundigen.

Abends schließlich, ich wickelte gerade Julia, kam ein Mädchen, das ich noch nie gesehen hatte. Sie stellte sich vor als Klassenkameradin eines Sympathisanten der Partei in der Berufsschule. Der hatte viel mit ihr geredet und ihr auch von Klaus erzählt. Jetzt wollte sie mich kennenlernen und sich an der Erstellung einer Dokumentation zur politischen Unterdrückung am Beispiel von Klaus beteiligen. Ich erzählte ihr, was ich alles allein an diesem Tag an Unterstützung und Solidarität erfahren hatte und wir fuhren dann zu den Genossen der Roten Hilfe Deutschlands, die gerade an der Broschüre saßen. Dort sagte das Mädchen nach einer Weile ganz unvermittelt, sie freue sich so. Warum, fragte ich. Was ich ihr erzählt hätte über die Unterstützung, das finde sie so toll und auch jetzt die Atmosphäre hier — das alles habe sie gar nicht für möglich gehalten, das müsse sie erst einmal verarbeiten.

Genossen, und am nächsten Mittag kamen noch einmal zwei Kollegen von Klaus, aber aus einer anderen Abteilung und brachten eine Resolution und Unterschriften für die Genehmigung von Klaus' Urlaubsantrag!"

Weg mit der Gefängnisstrafe gegen Volker Nieber

Am 16. und 17. 5. 77 soll vor dem Landgericht München die Berufungsverhandlung gegen Volker Nieber wegen seiner angeblichen Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 stattfinden. In der ersten Verhandlung war Volker, der gegenwärtig Betriebsrat bei Jasa ist (siehe Seite 4), zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden.

Die Beweise? Einziger „Beweis" war die Aussage eines Herrn Knoblich, damals der Meister von Volker bei Daimler-Benz/Sindelfingen, der behauptete, Volker auf den Photos vom Roten Antikriegstag 1972 wiederzuerkennen. Vor dem Amtsgericht, als er diese Aussage beeiden sollte, nahm er sie zurück! Trotzdem wurde Volker verurteilt. Ohne einen einzigen Beweis, einzig und allein aufgrund seiner Gesinnung, aus der er auch vor Gericht kein Hehl machte.

Die Berufungsverhandlung hatte das Gericht jahrelang vor sich hergeschoben. Jetzt plötzlich war auf einmal alles sehr eilig. Warum? Volker schreibt an den „Roten Morgen":

„Herr Knoblich hat vor einiger Zeit einen Herzinfarkt erlitten und ist zur Zeit angeblich nicht transportfähig. Diese Tatsache versucht nun das Landgericht München auszunutzen, um diesen inzwischen unbequemen „Zeugen" aus der Hauptverhandlung herauszuhalten. Sie wollen ihn an seinem Wohnort Böblingen kommissarisch vernehmen lassen. Termin ist bereits auf den 10. Mai angesetzt worden.

Genossen und Freunde, das ist ein unverschämter Versuch der Einschränkung der Prozeßöffentlichkeit, der Behinderung der Verteidigung und einer revolutionären Prozeßführung! Sie haben jahrelang den Prozeß verschleppt und wollen nun verhindern, daß im Prozeß deutlich wird, wie absurd ihre „Beweise" sind.

Prozesse gegen Nazi-Verbrecher wurden verschoben oder finden gar nicht statt wegen angeblicher Vernehmungsunfähigkeit von Prozeßbeteiligten — gegen einen Kommunisten wollen sie die „Vernehmungsunfähigkeit" ausnutzen, um besser einen kurzen Prozeß machen zu können!

Sollen sie doch den Knoblich nach München schaffen, wie sie wollen. Wir sind nicht verantwortlich für seine Zeugenrolle, nicht für seine Krankheit, wir nehmen keine Rücksicht auf einen Mann, der sich an der jahrelangen Verfolgung gegen mich entscheidend beteiligt hat und noch andere Kollegen denunzierte. Sollen sie den Prozeß verschieben oder an das Landgericht Tübingen oder Stuttgart verlegen — Knoblich darf nicht als Zeuge aus der Hauptverhandlung verschwinden! Die kommissarische Vernehmung muß verhindert werden!"

Unterstützen wir den Kampf des Genossen Volker Nieber! Freispruch für Volker!

Abonniert die Rote-Hilfe-Zeitung!

Rote-Hilfe-Zeitung, Organ der Roten Hilfe Deutschlands. Erscheint monatlich. Einzelausgabe 0,20 DM, Abonnement für ein Jahr DM 6,00 (einschließlich Porto). Bestellungen an: Büro der RHD, 46 Dortmund, Stollenstr. 12.

Neue Broschüre der RHD:
Gesetze gegen den revolutionären Klassenkampf.
Aus dem Inhalt: * Die sogenannten „Antiterror-Gesetze" * Polizeimorde in Zahlen * Aus der Geschichte des Verfassungsschutzes * Ihr Terror zeigt ihre Ausweglosigkeit.
35 Seiten, DM 0,50. Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68.



Landwirt von der Polizei erschossen

Fortsetzung von Seite 1

die Polizeidienststellen und das Innenministerium schweigen sich aus.

Stattdessen erfand die Polizei eine Lüge nach der anderen, um sich reinzuwaschen. „Mutmaßlicher Viehdieb von Polizei erschossen — Schütze erleidet Schock", hieß die Überschrift der ersten Meldung in einer Regionalzeitung. Im Artikel hieß es, Helmut Schlaudraff sei „polizeibekannt". Bereits einen Tag später brach diese Lüge zusammen.

Nachdem die Polizei zugeben mußte, daß er kein Viehdieb und auch nur deshalb „polizeibekannt" war, weil seine 400 Schafe öfter Flurschäden anrichteten, versuchte man auf andere Weise den Eindruck zu erwecken, daß der Schafhalter „gewalttätig" sei. Helmut Schlaudraff sei als impulsiv bekannt, hieß es im Polizeibericht, er habe schon einmal Streit mit einem Förster gehabt ... Einige Tage später wurde dann groß herausgestellt, daß man im Handschuhfach des Autos eine Gaspistole gefunden habe ...

Empörend an diesen Darstellungen der Polizei ist nicht allein der Versuch, mit Verleumdungen und dunklen Andeutungen dem Opfer die Schuld an seinem Tod in die Schuhe zu schieben. Empörender noch ist, daß die Polizei in ihren Verlautbarungen offenbar davon ausgeht, daß es in unserer „freiheitlich-demokratischen" Ordnung offenbar ganz normal und „rechtens" ist, einen Viehdieb, der zwei Lämmer und ein Schaf gestohlen hat, zu erschießen, daß ein impulsiver Charakter und eine Gaspistole im Handschuhfach eines Autos für die Polizei offenbar hinreichende Gründe sind, um tödliche Schüsse auf völlig wehrlose Menschen im Nachhinein zu rechtfertigen! Und nicht nur für die Polizei! Auch die Lokal- und Regionalpresse fand diese polizeiliche Darstellung offenbar völlig einsichtig. Denn sie druckte sie ohne jede Einschränkung und ohne ein Wort der Kritik ab.

Kein Wunder, daß die Angehörigen die Aussichten, juristisch etwas gegen den 35jährigen Polizeihauptmeister unternehmen zu können, sehr gering einschätzen. Zwar läuft gegen ihn momentan ein Verfahren wegen „fahrlässiger (!) Tötung". Aber die Polizeidienststellen, die ihn bisher bereits mit ihren Erklärungen in Schutz genommen haben, der Staatsanwalt und das Gericht, die keine Veranlassung sahen, einen Haftbefehl gegen ihn zu erwirken, die bürgerliche Presse, die voll Verständnis für den „armen Polizisten" ist, der einen so schweren Schock erlitt ... — sie alle machen es einem nicht schwer, den Ausgang dieser Ermittlungen vorauszusehen. So waren sich auch die Genossen unserer Partei mit den Angehörigen darin einig, daß es in diesem Staat kein Gericht geben wird, das von ihrem Standpunkt aus Recht spricht. Schon gar nicht gegen einen Polizisten.

So fanden unsere Genossen für das Flugblatt der KPD/ML „Die Polizei — dein Feind und Killer" und für den Bericht im letzten „Roten Morgen" die Zustimmung der Angehörigen und Freunde des Ermordeten. Denn es waren die einzigen Berichte, die die Vorfälle den Tatsachen entsprechend und im richtigen Licht darstellten.

"Verdächtig", weil er Kommunist ist

Volker Nieber, gegenwärtig Roter Betriebsrat bei Jasa (s. S. 4) ist als Kommunist bekannt. Wegen seiner Gesinnung flog er bei einer früheren Arbeitsstelle bei Daimler aus dem Betrieb, bekam er einen Prozeß wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 angehängt ... und war er jetzt „verdächtig" bei den Fahndungen der Polizei anläßlich der Erschießung des Generalbundesanwaltes Buback.

Volker Nieber schreibt an den „Roten Morgen": „Am Gründonnerstag wurde in Karlsruhe Generalbundesanwalt Buback erschossen. Am Karfreitag mittags um 12.30 Uhr klingelte es bei mir lang und anhaltend. Eilig kamen zwei Herren die Treppe herauf und baten mich um ein kurzes Gespräch. Sie legten großen Wert darauf, in meine Wohnung hineinzukommen. Da ich ablehnte, ließen sie die Katze aus dem Sack: Sie wollten mein Alibi überprüfen für Gründonnerstag zwischen 8.00 und 10.00 Uhr wegen der Buback-Erschießung!

Ich antwortete empört, daß das eine Unverschämtheit und ein dicker Hammer sei und daß sie doch ganz genau die Linie meiner Partei, der KPD/ML, zu dieser Art individuellem Terror kennen würden. Sie gaben das auch unumwunden zu, wollten aber trotzdem mein Alibi, da sie eine Liste vom Landeskriminalamt in Stuttgart hätten, derzufolge sie auch mich überprüfen müßten.

Am Dienstag nach Ostern erschienen dann dieselben Herren in meinem Betrieb und überprüften anhand meiner Stempelkarte und meiner handschriftlichen Eintragungen im Rapportbuch der Maschine, ob ich wirklich zur fraglichen Zeit gearbeitet habe.

Später wurde mir zugetragen, daß daraufhin ein Fernschreiben von Tübingen nach Wiesbaden abgegangen sei, daß der ‚Verdächtige' Nieber zur fraglichen Zeit ... usw., was bezeugt worden sei durch ...

Meine Arbeitskollegen, die das mitbekommen haben, empörten sich übrigens sehr über diese widerlichen Methoden der Polizei."

Spenden

Im April gingen folgende Spenden auf das Konto des „Roten Morgen" ein:

6.4.	D. H. Frankfurt	20,00
7.4.	Kunden des Buchladens „Roter Morgen" Mannheim	54,60
17.4.	Gen. aus Hamburg	5,00
25.4.	H. R. Frankfurt	20,00
26.4.	E. G. München	5,00

Insgesamt wurden damit im Monat April 104,60 DM gespendet.

Spenden für den „Roten Morgen"

bitte einzahlen auf die Konten:

Vorstand der KPD/ML (Spendenkonto), Stadtsparkasse Dortmund, Kto Nr. 321 004 547, und KPD/ML-Spendenkonto, PSchKto. Nr. 64 20 — 467, PSchA Dortmund, Stichwort: SOLIDARITÄT.

'Rruga e Partise'

Der proletarische Internationalismus– Ideologie und Waffe des Proletariats für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus

Der proletarische Internationalismus als revolutionäre Ideologie und Praxis entstand als objektive Notwendigkeit der Vereinigung der Arbeiter aller Länder unter dem Banner des Marxismus in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, für die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft zur kommunistischen Gesellschaft. Marx und Engels, die die Grundprinzipien der wissenschaftlichen Ideologie des Proletariats formulierten, gelangten zu der Schlußfolgerung, daß der Kampf zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats nur dann von Erfolg gekrönt werden kann, wenn die Arbeiter aller Länder vereint und untereinander solidarisch sind, sich gegenseitig unterstützen und eine gemeinsame Einheitsfront gegen den Kapitalismus schaffen.

Seitdem haben sich das Proletariat und seine revolutionären Parteien in allen Klassenschlachten, im Kampf zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus von diesem Prinzip leiten lassen. Von diesem Prinzip lassen sich die wirklich marxistisch-leninistischen Parteien und sozialistischen Länder in ihren Beziehungen untereinander leiten. Der proletarische Internationalismus ist heute nicht nur ein ideologisches und politisches Prinzip, sondern auch ein wichtiges Prinzip der kommunistischen Moral.

Der proletarische Internationalismus ist Bestandteil des Marxismus-Leninismus und unauflöslich mit ihm verbunden. Daher kann es proletarischen Internationalismus außerhalb des Kampfes zur getreuen Anwendung des Marxismus-Leninismus und zu seiner Verteidigung nicht geben. Den Marxismus-Leninismus richtig anwenden heißt, vom Standpunkt der Lehre des Marxismus-Leninismus über die Klassen und den Klassenkampf aus, unsere Epoche richtig einzuschätzen und richtig bestimmen, welches die hauptsächlichen Widersprüche und Kräfte der Gegenwart, die Hauptfeinde, gegen die der Hauptschlag zu richten ist, und die Verbündeten sind, die zusammengeschlossen und gewonnen werden müssen; heißt, an der Lehre über die führende Rolle der revolutionären Partei des Proletariats festhalten, das Proletariat und die übrigen werktätigen Massen auf die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats vorbereiten, dazu mobilisieren und dabei führen, für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus kämpfen, die wirklich marxistisch-leninistischen Parteien und den revolutionären Kampf des Proletariats der unterdrückten Völker gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion auf nationaler und internationaler Ebene unterstützen.

Wer den revolutionären Kampf zum gewaltsamen Sturz des Kapitalismus aufgibt, verrät auch den proletarischen Internationalismus

Wer darauf verzichtet, leugnet den proletarischen Internationalismus. **„Den Marxismus-Leninismus auf diese Weise zu verstehen und anzuwenden“**, betonte Genosse Enver Hoxha, **„darin liegt das Wesen des proletarischen Internationalismus.“**1) Daher sind auch die Angriffe der Bourgeoisie und der Revisionisten stets sowohl gegen die marxistisch-leninistische Theorie im allgemeinen als auch gegen das Prinzip des proletarischen Internationalismus gerichtet. Bourgeoisie und Revisionismus, die in der Anwendung des proletarischen Internationalismus die gewaltige Kraft sehen, durch die die weltweite Vereinigung des Proletariats und seiner Verbündeten im Kampf gegen das Kapital die Ausbeutung und Unterdrückung und für den Sturz des Kapitalismus verwirklicht wird, bemühen sich nach wie vor, den proletarischen Internationalismus als Ideologie und Praxis in verschiedener Hinsicht anzugreifen. Dazu predigen sie den Nationalismus, den Kosmopolitismus, die begrenzte Souveränität, trachten sie danach, in den Reihen des Proletariats und der Völker Spaltung zu stiften.

Es ist keineswegs verwunderlich, daß sich im Kampf gegen den proletarischen Internationalismus mit der Bourgeoisie auch die modernen Revisionisten einmal offener, ein andermal getarnter, einmal durch gemeinsame Aktionen, ein andermal durch einzelne vereinigt haben. Das Leben hat bewiesen: Wer den revolutionären Kampf zum gewaltsamen Sturz des Kapitalismus aufgibt und den Weg der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie einschlägt, der wendet sich unweigerlich auch von den Positionen des proletarischen Internationalismus ab und geht zum Chauvinismus, Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus über. **„Das ABC des proletarischen Internationalismus“**, hat Lenin betont, **„ist die Teilnahme des Proletariats an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution.“** Die heutigen Revisionisten haben wie auch alle Opportunisten und Revisionisten in der Vergangenheit die Interessen des Proletariats verraten und beuten es und die übrigen werktätigen Massen dort, wo sie an der Macht sind, aus und unterdrücken sie.

Zwar gab und gibt es unter den Revisionisten stets verschiedene Nuancen, gibt es Widersprüche, Spaltungen. Aber ihrem Wesen nach sind die revisionistischen Gruppierungen Zweige ein und desselben Baums. Auch bei der Haltung zum proletarischen Internationalismus sind unter den Revisionisten solche verschiedenen Nuancen festzustellen.

Aus rein demagogischen und vor allem spekulativen Absichten behalten die Sowjetrevisionisten den proletarischen Internationalismus als Begriff bei, allerdings, indem sie ihm eine völlig konterrevolutionäre Auslegung und Ausrichtung geben, und benutzen ihn hin und wieder in ihrer Propaganda, ja, sie „kritisieren“ sogar jene Revisionisten, die offen gegen ihn auftreten. Was ist aber Bedeutung und Inhalt des sogenannten proletarischen Internationalismus der Sowjetrevisionisten und der sowjetischen Sozialimperialisten? Als grundlegendes Kriterium des proletarischen Internationalismus betrachten sie es, sich der Politik der heutigen Sowjetunion zu unterwerfen, in ihrem Kielwasser zu schwimmen und jede ihrer Handlungen zu unterstützen. Ein schöner proletarischer Internationalismus!

Allerdings betrachten auch die Marxisten-Leninisten die Haltung gegenüber der heutigen Sowjetunion als eines der Grundkriterien des proletarischen Internationalismus — doch im entgegengesetzten Sinn zu dem, den die Sowjetrevisionisten behaupten, und im entgegengesetzten Sinn zu der Haltung, die gegenüber der Sowjetunion zu der Zeit Lenins und Stalins, als sie das Zentrum der Weltrevolution war, eingenommen wurde. Heute hingegen, da die Sowjetunion von den modernen Revisionisten in ein vollständig kapitalistisches Land verwandelt worden ist, sozialfaschistisch in der Politik nach innen und sozialimperialistisch in der Politik nach außen, ist derjenige Internationalist, der sie bekämpft, und nicht derjenige, der sie unterstützt. Die Sowjetrevisionisten zu bekämpfen, ist auch ein großer internationalistischer Dienst für das Proletariat und die Völker der Sowjetunion.

Streicht man das Wort proletarisch von Internationalismus, akzeptiert ihn auch die Bourgeoisie gerne

Es gibt aber auch zahlreiche andere Revisionisten, die offen gegen den proletarischen Internationalismus auftreten und ihn direkt attakkieren. Sie betrachten ihn als ein dogmatisches, anachronistisches Prinzip und haben begonnen, über einen gewissen „neuen'' d. h. nichtproletarischen, „Internationalismus“ im allgemeinen, über „internationale Solidarität“ usw. zu reden. Dazu gehören die Vorkämpfer des „Eurokommunismus“, wie die italienischen, französischen und andere Revisionisten. Mittlerweile ist es bekannt, wie die Konferenz der revisionistischen Parteien, die in Berlin stattfand, den Terminus proletarischer Internationalismus durch „internationale Solidarität“ ersetzte. Ob „neuer Internationalismus“ oder „internationale Solidarität“, das ist, wie Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA betont hat, **„...in der Sprache der Revisionisten (...) eine Rechtfertigungsformel, um sich selbst mit dem Teufel und seiner Großmutter zusammenzutun, mit den Sozialdemokraten und dem Vatikan, mit den multinationalen Gesellschaften und den Faschisten, mit der NATO und mit dem amerikanischen Imperialismus, mit jedem, der gegen die Revolution, gegen das Proletariat und gegen den Sozialismus ist, mit jedem, der das kapitalistische System und die kapitalistische Ausbeutung verteidigt.“**2) Nach diesem „neuen Internationalismus“ kann man mit jedem und bei allem zusammenarbeiten, aber ja nicht zur Beschleunigung und Durchführung der proletarischen Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. Auf diese Weise berauben die Revisionisten, auch wenn sie den Begriff Internationalismus beibehalten, ihn des Wichtigsten, seines proletarischen Klasseninhalts, seiner kämpferischen Parteilichkeit, und zwar sowohl hinsichtlich der Kräfte, die unter seinem Banner vereint werden müssen, als auch hinsichtlich der Probleme, die diese Vereinigung lösen muß, sowie der Wege, auf denen sie zu lösen sind. So fügt sich der Internationalismus der modernen Revisionisten in alle reaktionären Ideen und Ansichten über die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ein und entspricht ihnen.

Den modernen Revisionisten zufolge entspreche der proletarische Internationalismus angeblich der heutigen neuen gesellschaftlichen Realität nicht. Hierbei versuchen sie mit allerlei Machenschaften zu spekulieren, unter anderem, indem sie behaupten, heute sei es nicht allein die Arbeiterklasse, die für die Lösung der Probleme der Gegenwart kämpft, sondern die Teilnahme der verschiedenen Klassen und sozialen Schichten bei der Lösung habe sich erweitert — allerdings eine altbackene und völlig absurde, aber nicht neue Begründung. Sie haben in der Vergangenheit auch die übrigen Opportunisten jeder Schattierung benutzt.

Zwar erweitert sich, je mehr die Interessen der werktätigen Massen sich annähern und übereinstimmen, um so mehr ihre Teilnahme an der Lösung der Probleme, für die das Proletariat kämpft. Doch eben deswegen wird ihre Vereinigung und ihre Einheit unter Führung des Proletariats noch notwendiger, damit das Herankommen an die Revolution beschleunigt und Kapitalismus, Imperialismus und Sozialimperialismus der Todesstoß versetzt, die Diktatur des Proletariats errichtet und der Sozialismus und Kommunismus aufgebaut wird.

„Der proletarische Internationalismus“, betont Genosse Enver Hoxha, **„ist die Ideologie des Proletariats, er ist eine der stärksten Waffen und eine Bedingung für den Sieg der Revolution und den Aufbau des Kommunismus. Er ist eins und unteilbar. Es gibt nicht mehrere Internationalismen, wie die Revisionisten behaupten, nämlich einen sowjetischen, einen italienischen, einen jugoslawischen, einen französischen usw.“**3)

Der Internationalismus kann für die Marxisten-Leninisten nur proletarisch sein. Internationalismus überhaupt gibt es nicht und kann es nicht geben. Wenn die Weltbourgeoisie im Kampf gegen das Proletariat, die Völker und den Sozialismus danach trachtet, ihre Kräfte zu vereinigen und internationalistische Verbindungen zu schaffen, muß das Proletariat dies in seinem ungleichen Kampf gegen die einheimische und internationale Bourgeoisie, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Weltreaktion erst recht tun. Dabei dient der proletarische Internationalismus nicht nur als Bedingung, um sich gegen die Bourgeoisie zu verteidigen, sondern auch als Waffe, um über sie zu triumphieren.

„In dem Ausdruck ‚proletarischer Internationalismus'“, stellt Genosse Enver Hoxha fest, **„verbindet nur das Wort proletarisch den Internationalismus unlösbar mit dem Weltproletariat, verbindet es zu einer Kampfeinheit gegen die kapitalistische Bourgeoisie, gegen die Truste und Monopole, gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus.“**4)

Der Begriff proletarisch zusammen mit dem Internationalismus hat also theoretische und praktische Bedeutung. Streicht man das Wort proletarisch vom Internationalismus, akzeptiert ihn auch die Bourgeoisie gerne, und eben darauf laufen auch die Anstrengungen hinaus, die die modernen Revisionisten unternehmen, um ihre in der Form neue Ware, die „internationale Solidarität“ oder den sogenannten „neuen Internationalismus“ an den Mann zu bringen, denn diese Vereinigung tastet die bürgerliche Ordnung nicht im geringsten an. Auch das Gerede einiger heutiger moderner Revisionisten, der Ausdruck proletarischer Internationalismus halte die breiten Massen der Bevölkerung vom Kampf zur Lösung der internationalen Probleme der Gegenwart ab, ist von vorne bis hinten Verleumdung, denn wer sich vor dem proletarischen Internationalismus fürchtet, sind einzig und allein die Bourgeoisie und ihre Handlanger. Das Proletariat und die werktätigen Massen haben nur in der Vereinigung und Geschlossenheit ihre Kraft, diese Kraft, die die Bourgeoisie und den Imperialismus hinwegfegen wird.

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Der proletarische Internationalismus ergibt sich aus der welthistorischen Mission des Proletariats selbst. Marx und Engels faßten das Prinzip des proletarischen Internationalismus in der unvergänglichen Losung zusammen: **„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“** Und die Ziele des Kampfes des Proletariats und der Kommunisten bestimmten sie im Manifest der Kommunistischen Partei mit folgenden Worten: **„... daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. (...) Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.''** Seit jener Zeit ist die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ ein leidenschaftlicher Aufruf zur Einheit des Proletariats unter Führung seiner revolutionären marxistisch-leninistischen Parteien, im Kampf für den Sturz des Kapitalismus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Unter diesem Aufruf arbeiteten und kämpften die I. und die III. Internationale, unter diesem Aufruf wurden die sozialistische Oktoberrevolution und die anderen sozialistischen Revolutionen in der Welt durchgeführt. Diese Losung ist auch unter den heutigen Bedingungen sehr aktuell, da die modernen Revisionisten mit den sowjetischen an der Spitze, die den Marxismus-Leninismus verrieten und ihn bekämpfen, damit auch das Prinzip des proletarischen Internationalismus verraten haben und bekämpfen, da es notwendig ist, die Geschlossenheit, Einheit und kämpferische Zusammenarbeit des internationalen Proletariats und seiner revolutionären Parteien auf eine neue höhere Stufe zu heben.

Wenn wir einen Blick auf die gesamte Geschichte der revolutionären internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung werfen, dann sehen wir, daß es eine Geschichte heftigen und entschlossenen Kampfes für den Sieg des Prinzips des proletarischen Internationalismus war, für den Zusammenschluß des Proletariats im Weltmaßstab in einer einzigen Kampffront, für den Zusammenschluß der revolutionären Bewegung des Proletariats und der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker unter Führung des Proletariats mit den marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien an der Spitze.

Auch heute verlangen die Interessen des Weltproletariats, der nationalen Befreiungsbewegung der Völker und der gesamten fortschrittlichen Menschheit, daß die kämpferische Einheit, Solidarität und Zusammenarbeit aller revolutionären Kräfte unter Führung des Proletariats und der wahren marxistisch-leninistischen Parteien gegen den gemeinsamen

Fortsetzung auf Seite 11



Duisburg



Westberlin

Roter 1. Mai 1977



Kiel



Bremen



Hannover



Dortmund



München



Stuttgart

Frankfurt



Hamburg

Aus aller Welt

AZANIA

Erneut haben in Soweto Tausende von Schülern gegen das rassistische Vorster-Regime demonstriert. Sie protestierten gegen die Erhöhung der Mieten um 30 bis 40%. Bei ihren Demonstrationen trugen die Schüler unter anderem Transparente mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Kapitalismus!" und „Wir werden nicht zahlen!" Die rassistische Polizei überfiel die demonstrierenden Schüler brutal und gab mehrere Schüsse auf sie ab.

SPANIEN

In Spanien stehen rund 200.000 Bauarbeiter im Streik und lassen sich auch von den ständigen Drohungen der Kapitalisten nicht einschüchtern. Gleichzeitig haben sie den Verrat der Carrillo-Revisionisten angeprangert, die sich bemühten, die Arbeiter dazu zu bringen, den Streik aufzugeben.

NAMIBIA

In einer Erklärung, die vor kurzem ein Vertreter der „Volksorganisation Südwestafrikas" abgab, verurteilte er das rassistische südafrikanische Regime wegen seiner verschwörerischen Bemühungen, die rassistische Besetzung von Namibia aufrechtzuerhalten. Über den Kampf des Volkes sagte er: „Unsere Kräfte sind darauf vorbereitet, einen langwierigen Kampf zu führen, den wir bis zur Errichtung unserer Macht fortführen werden."

ITALIEN

In ganz Italien dauert der Kampf der Studenten an, die ihre Rechte fordern. In Rom besetzten 5.000 Studenten einige Fakultäten, um gegen die Bildungsreform und die Arbeitslosigkeit zu protestieren und den Abzug der Polizei aus der Universität zu fordern. Die Polizei ging brutal vor, um die besetzten Fakultäten zu räumen. Zwischen den Polizisten und den Studenten kam es zu Zusammenstößen, die einige Stunden andauerten. Die Polizei setzte Tränengas ein und eröffnete das Feuer auf die Studenten. In Rom wurden der Ausnahmezustand und ein allgemeines Demonstrationsverbot verhängt. Die Studenten lassen sich jedoch nicht einschüchtern. Sie betreiben eine breite Agitation, um den Kampf auszuweiten und vor allem, um ihre Verbindungen mit der Arbeiterklasse im antikapitalistischen Kampf zu verstärken. Durch dieses Bündnis, das eine starke Bedrohung ihrer Macht darstellt, in große Unruhe versetzt, bedient sich die italienische Bourgeoisie in großem Ausmaß der modernen Revisionisten, um die Studentenbewegung zu spalten und von den werktätigen Massen zu isolieren.

KAMBODSCHA

Am 15. April hat in Phnom Penh eine Großkundgebung mit über 10.000 Menschen stattgefunden, um den 2. Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit des Demokratischen Kambodscha zu feiern. Bei dieser Gelegenheit sprach der Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kambodscha, Khieu Samphan. Auf die großen Erfolge eingehend, die das kambodschanische Volk unter der Führung seiner revolutionären Organisation in diesen zwei Jahren errungen hat, betonte er, daß die Errungenschaften des kambodschanischen Volkes das Ergebnis seiner Mobilisierung sind, um die durch den Aggressionskrieg des USA-Imperialismus verursachten Schäden zu überwinden. „Dennoch", hob er hervor, „müssen wir weiter in Bereitschaft stehen, um den Feinden Schläge zu versetzen, denn sie verzichten nicht auf ihre aggressiven Ziele gegen Kambodscha."

OSTTIMOR

Die patriotischen Streitkräfte Osttimors setzen ihren bewaffneten Kampf gegen die indonesischen Aggressoren fort. Den letzten Meldungen zufolge wurden etwa 50 indonesische Soldaten im westlichen Teil des Landes getötet, als die Patrioten eine Patrouille der Besatzer angriffen. Auch bei zahlreichen anderen Gefechten erlitten die indonesischen Faschisten große Verluste an Menschen und Material.

Kampf der dänischen Drucker

Streikende Druckereiarbeiter der größten dänischen Tageszeitung „Berlingske Tidende" und andere Werktätige lieferten sich in der vergangenen Woche in Kopenhagen blutige Straßenschlachten mit der Polizei. Sie hatten Straßensperren errichtet, um die Auslieferung einer Notausgabe der Zeitung zu verhindern. Zu den Kämpfen kam es, als die Polizei versuchte, die Blockade zu durchbrechen. Am Montag in den frühen Morgenstunden fand die erste Blockade statt. Es beteiligten sich 200 Kollegen und Demonstranten daran. Als die Zeitungskapitalisten am Dienstag erneut eine Notausgabe herausbringen wollten, waren es bereits 2.000 Menschen, die sich versammelten, um die Auslieferung zu verhindern. Die Kämpfe, zu denen es hierbei kam, bezeichnete ein Polizeisprecher als „die gewaltsamsten in den letzten Jahren in Kopenhagen". Am Mittwoch wuchs die Zahl der Arbeiter, kleinen Angestellten, Lehrlinge und Studenten, die die Eingänge des Verlagshauses blockierten, bereits auf 5.000 an.

Der Streik der Drucker und Setzer der „Berlingske Tidende" dauert bereits seit drei Monaten an. Die Kollegen kämpfen gegen die Entlassung von 300 Kollegen im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen und gegen Lohnabbau. Im März griffen die Zeitungskapitalisten zu skrupellosen Maßnahmen, um diesen berechtigten Kampf der Druckereiarbeiter zu unterdrücken: Zunächst sperrten sie die 1.000 Beschäftigten der technischen Abteilung aus.

Nachdem diese sich geweigert hatten, der Aufforderung des Arbeitsgerichts, die Arbeit wiederaufzunehmen, Folge zu leisten, wurden alle 1.000 Kollegen entlassen. Aber auch dadurch konnten sie die Kampffront nicht brechen. Es kam zu einem Solidaritätsstreik von 9.000 Druckereiarbeitern in ganz Dänemark. Dieser Streik wurde allerdings von der reaktionären Gewerkschaftsführung wieder abgewürgt. Aber wie die machtvollen Blockaden deutlich machen, geht der Kampf weiter und die Solidarität unter den Werktätigen wächst.

Die Kapitalisten greifen nun zu einem anderen Trick: Sie wollen ihre Zeitung im Ausland drucken lassen. Allerdings sind sie bei einem solchen Versuch in der Bundesrepublik bereits auf den Bauch gefallen: Bei der Darmstädter Firma Habra-Druck, wo eine Ausgabe der „Berlingske Tidende" gedruckt werden sollte, machten ihnen die Arbeiter einen Strich durch die Rechnung. Sie weigerten sich, Streikbrecherarbeit gegen ihre dänischen Kollegen zu leisten und traten am Montag und Dienstag in einen Sympathiestreik.



Spanien

Bandeira Vermelha
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Genscher in Asien

Westdeutsche Imperialisten streben nach Expansion

Vor kurzem hat Bundesaußenminister Genscher Indien, Sri Lanka, Indonesien und Singapur besucht. Die Reise Genschers stand ganz im Zeichen der Expansionsbestrebungen der westdeutschen Monopole, im Zeichen ihrer Bemühungen, tiefer in diese Länder einzudringen, sich Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu sichern und die billigen Arbeitskräfte auszubeuten. Nicht umsonst wurde Genscher von einer Delegation von 30 Spitzenvertretern westdeutscher Monopole und Kapitalistenverbände begleitet.

„Wir streben nicht nach Einflußsphären, wir wollen keine Ideologien exportieren", erklärte Genscher in Indien, um das wahre Ziel seiner Reise zu vertuschen und den Anschein zu erwecken, als ob die Vertiefung der Beziehungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und Indien, Sri Lanka, Indonesien und Singapur dem wirtschaftlichen Fortschritt in diesen Ländern und der Hebung des Wohlstandes der breiten Volksmassen dienten. Wie aber sehen die Tatsachen aus?

Indien z. B. ist eines der bevorzugtesten Anlagegebiete westdeutschen Kapitals. 1975 stand das Land an dritter Stelle der westdeutschen Kapitalinvestitionen in Asien. Nur Israel und Japan rangierten vor ihm. Vor allem die westdeutschen Chemietrusts Bayer, BASF und Hoechst sowie die Elektromonopole Siemens und Bosch haben hier Zweigwerke errichtet. Siemens und Bosch sicherten sich sogar einen Marktanteil von 60 und 80% für ihre jeweiligen Produkte in Indien.

„Für sie", schrieb der „Kölner Stadtanzeiger" offen, *„hat sich das Engagement in Indien gelohnt. Denn verdient wird dort sehr gut. Die Indientöchter deutscher Konzerne rangieren, was den Ertrag angeht, unter den Auslandsbeteiligungen an erster Stelle."* Zugleich pumpten die westdeutschen Imperialisten in den vergangenen Jahren mehrere Hundert Millionen DM Kredite und Anleihen nach Indien. Im Zuge der Politik der „offenen Tür" des Regimes von Indira Gandhi drangen nicht nur die sowjetischen Sozialimperialisten (sie kontrollieren heute 30% der Eisen- und Stahlindustrie, 85% der Maschinenbauindustrie und 37% der Erdölraffinerien) und die amerikanischen Imperialisten (sie beziehen jedes Jahr große Summen aus der Rückzahlung der von ihnen gegebenen Kredite und Anleihen und kontrollieren ebenfalls große Teile der indischen Industrie) tiefer in Indien ein, sondern auch die westdeutschen Kapitalinvestitionen nahmen in dieser Zeit einen deutlichen Aufschwung.

Natürlich treiben die westdeutschen Imperialisten — ebenso wie die anderen imperialistischen Mächte — keineswegs irgendwelche „edlen Motive", wie Genscher behauptet, wenn sie ihre Beziehungen zu Indien vertiefen. Ihr einziges Ziel ist, die Reichtümer des Landes auszuplündern und die indischen Werktätigen brutal auszubeuten, um sich zu bereichern. Sie haben deshalb die faschistische Diktatur, die Indira Gandhi in Indien errichtete, von Anfang an begrüßt.

> **Neuerscheinung**
>
> **Die „Theorie der drei Welten" — eine marxistisch-leninistische Theorie?**
>
> Erweiterte Ausgabe der Beilage zu „Roter Morgen" 11/77
>
> Aus dem Inhalt:
> - **Die „Drei-Welten-Theorie" und Lenins Analyse der Epoche des Imperialismus sind unvereinbar!**
> - **Eine Theorie, die keine Klassen kennt, kann niemals eine Theorie des Proletariats sein**
> - **Wie Lakaien des Imperialismus zu „Antiimperialisten" gestempelt werden**
> - **Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche oder Blockbildung mit der Bourgeoisie?**
> - **Ein hinterhältiger Angriff auf Genossen Mao Tsetung!**
>
> Broschüre. 56 Seiten, Preis DM 1,50
>
> Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68, Tel. 040 / 3 90 29 59.

Der „Kölner Stadtanzeiger" stellte fest: *„Bei deutschen Unternehmen, die in Indien tätig sind, ist das Urteil über die Auswirkungen des Notstandsprogramms* (wie die Gandhi-Clique die völlige Entrechtung der indischen Werktätigen nannte) *schon jetzt durchweg positiv. Streiks gibt es nicht mehr."* Die Indira Gandhi-Clique garantierte den Monopolen außerdem durch die Verhängung eines Lohnstopps die Ausbeutung der Arbeiter zu Hungerlöhnen.

So verdient etwa ein Maschinenschlosser — ein Facharbeiter also — nur 155 DM im Monat. Das ist allerdings schon ein Spitzenlohn. 385 Millionen Inder müssen sogar mit weniger als 20 Cent täglich auskommen.

Die Ausplünderung Indiens durch die imperialistischen Monopole, die allseitige Abhängigkeit des Landes von den Imperialisten und Sozialimperialisten ist die Hauptursache für das unvorstellbare Elend und die Not, die auf den werktätigen Massen in Indien lasten. Die Armut, der Hunger, Massensterben und Arbeitslosigkeit haben jetzt in Indien noch nie dagewesene Ausmaße angenommen.

Die Tatsache, daß Genscher von der neuen indischen Regierung mit offenen Armen empfangen worden ist, zeigt, daß auch sie die von der Gandhi-Clique betriebene Politik des Ausverkaufs der Reichtümer des Landes an den Imperialismus fortsetzt. Die Vertiefung der Beziehungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und Indien dient also keineswegs den Interessen der Völker Indiens, sondern ist auf Raub, Ausplünderung und Ausbeutung gerichtet. Die westdeutschen Chemietrusts, Elektrokonzerne und Banken sind mitverantwortlich dafür, daß Millionen Menschen in Indien buchstäblich verhungern und Hunderte von Millionen in unbeschreiblichem Elend zu leben gezwungen sind.

Ganz genauso verhält es sich mit Indonesien. Auch hier herrscht ein grausames faschistisches Regime, das seine Herrschaft mit dem Mord an Hunderttausenden von Menschen begann. Die werktätigen Massen sind vollständig entrechtet. In den indonesischen KZs sind mindestens 60.000 politische Gefangene eingekerkert. Millionen leben hier ebenfalls am Rande des Hungers. Diese Hölle für die Werktätigen ist dagegen ein Paradies für die imperialistischen Ausbeuter, unter denen die westdeutschen Imperialisten nach den amerikanischen und japanischen Imperialisten mit an vorderster Stelle stehen.

Genschers Asienreise stand aber nicht nur im Zeichen der Expansions- und Raubpolitik der westdeutschen Monopole, sondern er trat auch als Anwalt der in der EWG zusammengeschlossenen westeuropäischen Imperialisten auf und versuchte, die Regierungen der von ihm bereisten Länder dazu zu bringen, ihre Beziehungen zu dieser neokolonialistischen Macht zu vertiefen.

Die westdeutschen Imperialisten sind erklärte Feinde der Völker Asiens, hinter deren demagogischen Erklärungen sich ungezügelte Raubgier, brutale Ausbeutung und Ausplünderung der Länder, auf die sie ihre Hände gelegt haben, verbergen.

Israel überfällt libanesische Dörfer

Mehrmals in den vergangenen Jahren wurde das Palästinenserlager Nabatiye im Süden des Libanon durch israelische Bomben und Artillerie vollständig verwüstet. Männer, Frauen und Kinder wurden bei den Terrorangriffen getötet, die Häuser und Baracken der Palästinenser vollständig zerstört. Seit Anfang des Jahres liegt das Lager erneut unter dem Beschuß der israelischen Zionisten.

Nabatiye ist nur eines von vielen libanesischen Dörfern und Palästinenserlagern, die im südlichen Libanon den ständigen Aggressionen und brutalen Überfällen der zionistischen Armeen ausgesetzt sind. Immer wieder überfliegen israelische Bomber die libanesischen Grenzen, beschießt die israelische Artillerie libanesisches Territorium. Vor der südlibanesischen Küste kreuzen zionistische Kriegsschiffe und blockieren den Hafen Tyros. Am 5. April überschritten sogar israelische Infanterieeinheiten die Grenze und drangen in der Gegend von Arkoub tief in den Libanon ein. Bei allen diesen Angriffen töteten die israelischen Zionisten zahlreiche Menschen und verwüsteten Dörfer. Bis jetzt waren bereits ca. 15.000 Bauern gezwungen, ihre Dörfer und Felder zu verlassen und in anderen Gegenden Schutz vor den israelischen Aggressionen zu suchen.

Die israelischen Überfälle auf den Libanon sind Bestandteil der verbrecherischen Politik der Zionisten gegen die arabischen Völker, einer Politik, die auf die Eroberung arabischer Gebiete gerichtet ist und die darauf abzielt, den Befreiungskampf vor allem des palästinensischen Volkes zu liquidieren. Im Zuge dieser Politik verkündete der israelische Außenminister Allon noch vor kurzem anmaßend, daß Israel „verteidigungsfähige Grenzen" brauche und deshalb verlange, daß große Teile des südlichen Libanon zu einer entmilitarisierten Zone gemacht werden müßten. Dies würde aber praktisch die uneingeschränkte Herrschaft der israelischen Zionisten in diesem Gebiet bedeuten.

Die aggressive und expansionistische Politik der israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker wird von den imperialistischen Mächten, insbesondere den beiden Supermächten, dem USA-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus, unterstützt und angestachelt. Niemals zuvor waren die amerikanischen Waffen- und Geldlieferungen an Israel so hoch wie jetzt. Immer noch liefern die sowjetischen Sozialimperialisten den israelischen Zionisten Menschen für die Armee und die Hebräisierung arabischer Gebiete. Abgesehen davon hielten sich in letzter Zeit mehrmals Abgesandte Moskaus in Tel Aviv auf, um Kontakte und Beziehungen zu knüpfen.

Die israelischen Zionisten, der Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte sind Todfeinde der Freiheit und Unabhängigkeit der arabischen Völker, die nur im konsequenten Kampf gegen diese verteidigt und errungen werden können.

Der proletarische Internationalismus ist eine Ideologie und Waffe des Proletariats für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus

Fortsetzung von Seite 8

Feind, die Monopolbourgeoisie, den Imperialismus und Sozialimperialismus auf eine höhere Stufe gehoben wird. In der heutigen Zeit macht die internationale Bourgeoisie alle Anstrengungen, um ihre Kräfte mit verschiedenerlei Bündnissen und Zusammenschlüssen im Kampf gegen das Proletariat, den Sozialismus und die Völker zu vereinen.

Ein Teil der internationalen Bourgeoisie hat die NATO und vielerlei weitere Bündnisse geschaffen. Ein anderer Teil hat die EWG geschaffen und versucht, das „Vereinigte Europa" zu schaffen. Ein weiterer Teil hat die Kräfte durch den Warschauer Pakt, den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" und die sogenannte „sozialistische Gemeinschaft" vereint. Ihr Ziel ist ein und dasselbe: zusammen das Proletariat, die Befreiungsbewegung und den Sozialismus auf der Welt zu unterdrücken. Daraus geht hervor, wie wichtig die revolutionäre Solidarität, der wahre proletarische Internationalismus und die kämpferische Zusammenarbeit des Proletariats und seiner Verbündeten im internationalen Maßstab ist, um erfolgreich den Kampf gegen die internationale Bourgeoisie, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus zu führen, um die Revolution durchzuführen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Sozialismus aufzubauen.

Der Kapitalismus hat seine Natur nicht geändert

Im Kampf für die Anwendung des Prinzips des proletarischen Internationalismus berücksichtigen die marxistisch-leninistischen Parteien die heutigen Bedingungen, vor allem die Teilung der Welt nach deren sozialökonomischen Gesellschaftsordnungen, das heißt, in die sozialistische Ordnung und die kapitalistische Ordnung. Sie behandeln und wenden dieses Prinzip in enger Verbindung mit den realen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse an. Eine abstrakte Behandlung dieses Problems gibt es nicht und kann es nicht geben. Zwar haben sich heute wirklich die Bedingungen verändert, sind einige neue Erscheinungen aufgetreten.

Doch der Kapitalismus hat seine Natur nicht verändert, denn unverändert bleibt das Privateigentum an den Produktionsmitteln, also auch die Ausbeutung des Proletariats und der übrigen Werktätigen durch die Bourgeoisie. Um den proletarischen Internationalismus also im Einklang mit den heutigen Bedingungen zu behandeln, muß man vor allem das Wesen des heutigen Kapitalismus berücksichtigen, das sich nicht geändert hat. Man muß berücksichtigen, daß es zu dessen Änderung, zu der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft keinen anderen Weg gibt und auch nicht geben kann, als die Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Eben deswegen hob der 7. Parteitag der PAA hervor, daß in dem Verständnis und der Anwendung des Marxismus-Leninismus das Wesen des proletarischen Internationalismus beruht, der Kampf der werktätigen Massen für die Zerschlagung der bürgerlichen Ordnung und den Sieg der neuen sozialistischen Ordnung. Die modernen Revisionisten, die die Revolution und die Diktatur des Proletariats fallengelassen haben, haben sich damit vom Marxismus-Leninismus abgewandt, also auch vom Prinzip des proletarischen Internationalismus. Sie haben das Banner des Chauvinismus und des bürgerlichen Nationalismus entfaltet und sind zusammen mit den Sozialdemokraten und den anderen opportunistischen Strömungen zur fünften Kolonne innerhalb der Weltrevolution geworden, die versucht, das Leben des internationalen Kapitalismus zu verlängern.

Wer nicht für die Revolution im eigenen Land kämpft, kann kein Internationalist sein

Es verdient, darauf hingewiesen zu werden, daß jede Abteilung des Weltproletariats und jede marxistisch-leninistische Partei ihre internationalistische Pflicht erfüllt, wenn sie dafür kämpft, die Aufgaben zu lösen, die der Kampf gegen die Bourgeoisie, den Imperialismus, Sozialimperialismus und die Reaktion stellt, der Kampf für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung seiner Errungenschaften vor allem im Weltmaßstab.

Wer nicht dafür kämpft, die Aufgaben der Revolution im eigenen Land zu erfüllen, der kann kein Internationalist sein. Das hängt mit der Anwendung des wichtigen marxistisch-leninistischen Prinzips zusammen, das auch durch die revolutionäre Praxis bestätigt ist, nämlich daß die Sache der Revolution und des sozialistischen Aufbaus vor allem eine innere Angelegenheit eines jeden Landes ist, daß der entscheidende Faktor für ihre Durchführung die inneren revolutionären Kräfte eines jeden Volkes sind, daß die Arbeiterklasse und die Kommunisten eines jeden Landes ihre nationale und internationale Hauptaufgabe erfüllen, wenn sie die Revolution zum Sieg führen und erfolgreich den Sozialismus und Kommunismus im eigenen Land aufbauen, und daß jeder Sieg der Revolution und des Sozialismus in einem Land eine Stütze für den Sieg der Revolution auch in anderen Ländern wird und ihm nutzt, ebenso wie die internationale Solidarität des Weltproletariats dem Sieg der Revolution und des Sozialismus in den verschiedenen Ländern nützt.

Wir wären keine Marxisten, hat Genosse Enver Hoxha gesagt, wenn wir die internationale Solidarität des Weltproletariats leugnen würden. Doch selbst muß man kämpfen, sich zuerst selbst verteidigen, korrekt handeln, dann hilft einem auch der andere. In dem Kampf zur richtigen Lösung der Aufgaben der sozialistischen Revolution kombiniert und verschmilzt der proletarische Internationalismus die nationalen mit den internationalen Interessen, gibt er den nationalen Gefühlen einen neuen Inhalt, entwickelt er den sozialistischen Patriotismus. Die Marxisten-Leninisten, die voller Verachtung die Hetzreden der bürgerlichen und revisionistischen Ideologen zurückweisen, die behaupten, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus seien zu denen der Souveränität diametral entgegengesetzt, kämpfen gegen jede Abkapselung in der nationalen Schale und versuchen stets, die volle Unabhängigkeit und die Souveränität mit den internationalistischen Pflichten korrekt zu vereinen.

Die treue Anwendung des Marxismus-Leninismus ist die entscheidende Bedingung, um auch das Prinzip des proletarischen Internationalismus richtig und revolutionär zu verstehen und zu verwirklichen, um die nationalen und die internationalen Aufgaben der sozialistischen Revolution dialektisch zu verbinden und zu lösen. Wer sich vom Marxismus-Leninismus abwendet, wer ihn verrät, wendet sich von der sozialistischen Revolution im nationalen wie im internationalen Maßstab ab und verrät sie. So war es mit allen modernen Revisionisten, mit den sowjetischen an der Spitze, die, indem sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus verrieten, auch das Prinzip des proletarischen Internationalismus durch das des bürgerlichen Nationalismus, des Chauvinismus und des Sozialimperialismus ersetzten.

Als Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA auf die Folgen des chruschtschow-revisionistischen Verrats einging, sagte er: **„Die frühere sozialistische Basis und der frühere sozialistische Überbau sind von Grund auf zerstört. Der großrussische Chauvinismus ist zur herrschenden Ideologie und die nationale Unterdrückung zum festen Bestandteil der von der machthabenden Clique verfolgten bürgerlichen Klassenpolitik geworden."**5)

Unter der irreführenden Losung der „internationalistischen Solidarität", die sich in der sogenannten „sozialistischen Integration" niederschlägt, unterdrücken die Sowjetrevisionisten auch die Völker der sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft". Und wer sich gegen die sozialchauvinistische und sozialimperialistische Politik der Sowjetrevisionisten erhebt, wird von ihnen des Antisowjetismus, Antinationalismus usw. beschuldigt.

Das Prinzip des proletarischen Internationalismus dient nicht nur der Stärkung der Geschlossenheit und Einheit des Weltproletariats, sondern auch dem Zusammenhalt der demokratischen und antiimperialistischen Befreiungskräfte, der Einheit der revolutionären Bewegung des Proletariats mit der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, internationale Bourgeoisie und Weltreaktion.

Als Lenin die Losung ausgab **„Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!"** hatte er die Verbindung, Vereinigung und Einheit dieser beiden Bewegungen im Kampf gegen den Imperialismus vor Augen. Doch niemals hat er die nationale Befreiungsbewegung als die „Hauptkraft" betrachtet und noch weniger als die „führende Hauptkraft". Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben die nationale Frage stets als Bestandteil der proletarischen Revolution betrachtet. Deswegen muß sie auch den Interessen der proletarischen Revolution untergeordnet werden.

(*Zwischenüberschriften und Hervorhebungen von uns — RM*)

1) Enver Hoxha: Bericht an den 7. Parteitag, S. 243
2) ebenda S. 227
3) ebenda S. 248
4) ebenda S. 242
5) ebenda S. 222

17. Kongress der CISNU erfolgreich abgeschlossen

Vom 25. bis zum 29. April hat in Frankfurt der 17. Kongreß der Conföderation Iranischer Studenten (Nationale Union) — CISNU — stattgefunden. An dem Kongreß nahmen Föderationen und Delegierte der CISNU aus Frankreich, Schweden, England, Österreich, Italien, den USA und der Bundesrepublik teil. Der Kongreß verlief in einer begeisternden revolutionären Atmosphäre, bekräftigte die revolutionäre antiimperialistische Linie des 16. Kongresses der CISNU und verteidigte sie gegen alle opportunistischen und sozialchauvinistischen Spalter.

Voller Begeisterung hörten die Delegierten die Grußadressen der marxistisch-leninistischen Parteien, ihrer Jugendverbände und anderer revolutionärer Organisationen an den Kongreß. Besonders großen Jubel löste die Grußadresse aus, die der Verband der Jugend der Arbeit Albaniens an die Delegierten geschickt hatte. Revolutionäre Grüße an den Kongreß richteten unter anderem auch ein Vertreter des ZK der KP Spaniens/ML und der FRAP sowie ein Vertreter der KP Portugals (Wiederaufgebaut). Grußadressen hatten u. a. die KP Argentiniens/ML, die KP Brasiliens, die Revolutionäre KP Chiles, die KP Griechenlands/ML, der Kommunistische Einheitsbund Islands/ML, die PLO und andere Parteien und revolutionäre Organisationen geschickt. Auf dem Kongreß wurde außerdem eine Grußadresse des ZK der KPD/ML verlesen.

Die Delegierten bekräftigten auf dem Kongreß die revolutionäre, antiimperialistische Linie des 16. Kongresses der CISNU. Sie betonten die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen das faschistische Schah-Regime, das die Volksmassen des Iran grausam unterdrückt und ausplündert sowie die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus, dessen Lakai das Schah-Regime ist, als Hauptfeind der Völker des Iran. Sie stellten fest, daß der Kampf gegen das faschistische Schah-Regime und den USA-Imperialismus untrennbar mit dem Kampf gegen die anderen imperialistischen Mächte, den westdeutschen, französischen, britischen Imperialismus usw. verbunden ist, die ebenfalls an der Ausplünderung und Unterdrückung der Völker des Iran beteiligt sind. Die Delegierten brandmarkten und entlarvten auch die konterrevolutionäre Politik der sowjetischen Sozialimperialisten gegenüber den Völkern des Iran.

Die Delegierten verurteilten entschieden die sozialchauvinistische Strömung, die innerhalb der CISNU aufgetaucht ist und erklärten diese Linie für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der CISNU. Mit der Behauptung, der sowjetische Sozialimperialismus sei der Hauptfeind der Völker des Iran, hatte diese Linie versucht, den Kampf gegen das faschistische Schah-Regime und den amerikanischen Imperialismus zu sabotieren und sogar die Einheit mit ihnen und den anderen imperialistischen Mächten propagiert.

Der Kongreß war ein glänzender Sieg über diese konterrevolutionäre Linie und die anderen Opportunisten, die in den letzten Jahren versucht hatten, die CISNU zu spalten.

In der Grußadresse, die unsere Partei an den Kongreß richtete, heißt es unter anderem:

„Liebe Freunde!

Nur durch nackten, faschistischen Terror und durch die allseitige Unterstützung des Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus, kann sich das Regime am Leben halten. Vom CIA auf den Thron gehoben, war der Schah von Anfang an eine Marionette, ein Lakai der amerikanischen Imperialisten. Die Geschichte seiner Herrschaft ist zugleich die Geschichte des nationalen Verrats, des Ausverkaufs der Reichtümer des Landes an die amerikanischen und anderen imperialistischen Monopole. Vergeblich rührt heute das Schah-Regime seine Propagandatrommeln, um sich als Hüter der nationalen Interessen und Vorkämpfer der Unabhängigkeit hinzustellen. Tatsache ist und bleibt, daß nach wie vor der amerikanische Imperialismus an der ersten Stelle aller Ausbeuter und Unterdrücker der iranischen Volksmassen steht.

Liebe Freunde!

Wie wir wissen, unterhält das Regime des Schah ausgezeichnete Beziehungen auch zu den westdeutschen Imperialisten. Die westdeutschen Imperialisten beteiligen sich ebenfalls an der Ausplünderung und Unterdrückung der Völker des Iran und sind erbitterte Feinde ihres Freiheitskampfes. Die schändliche Zusammenarbeit zwischen dem Geheimdienst SAVAK und der westdeutschen Regierung, die kürzlich von der Föderation Iranischer Studenten in Westdeutschland enthüllt worden ist, zeigt dies klar. Unsere Partei kämpft entschlossen gegen den westdeutschen Imperialismus, um ihn durch die gewaltsame proletarische Revolution zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Wir bekämpfen entschieden jeden Versuch des westdeutschen Imperialismus, andere Völker auszubeuten, auszuplündern, zu versklaven und zu unterdrücken.

Liebe Freunde!

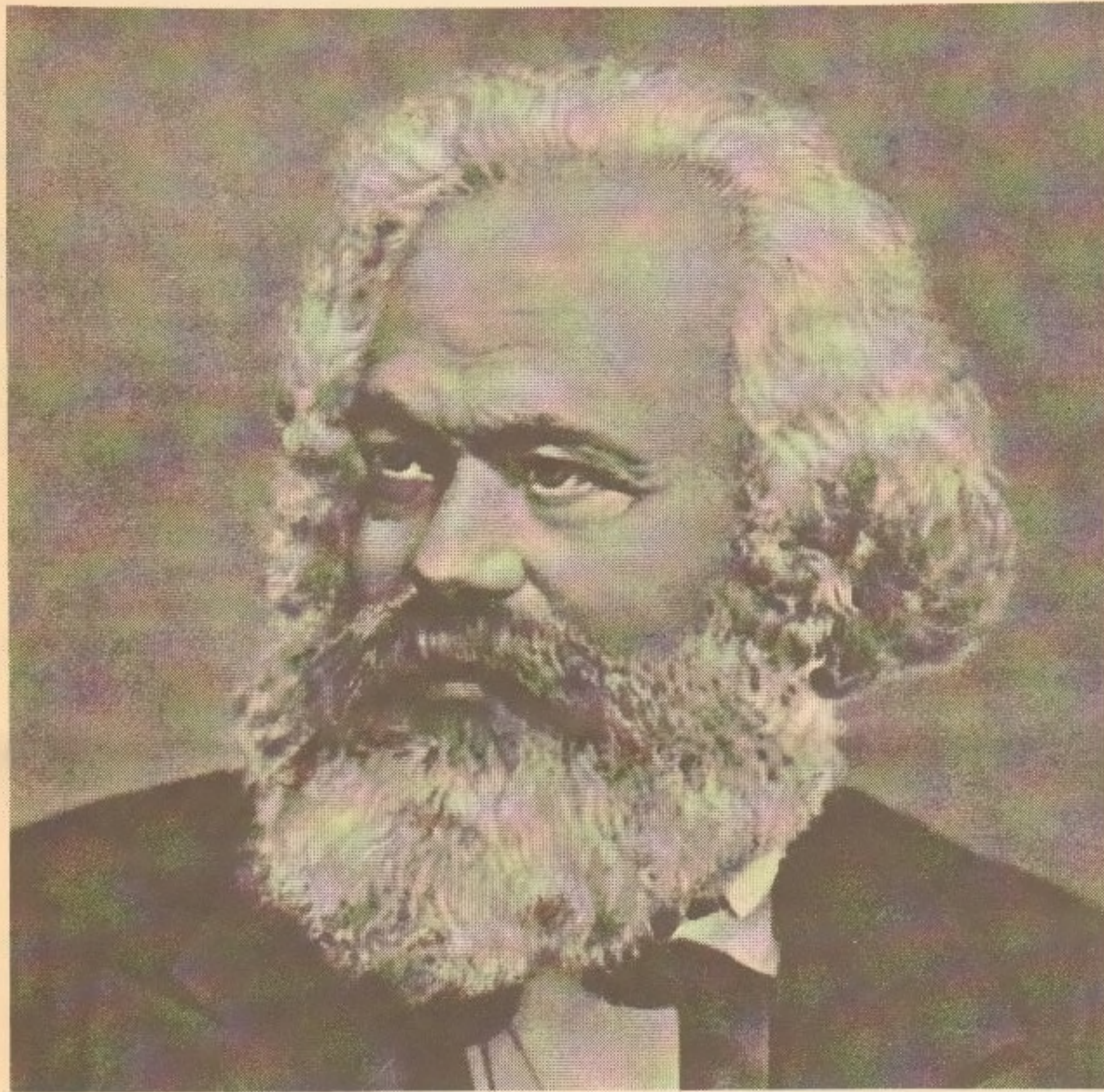
Der Kampf gegen das faschistische Schah-Regime ist untrennbar mit dem Kampf gegen den Imperialismus verbunden. Dieser Kampf richtet sich gegen den amerikanischen Imperialismus, den Hauptfeind der Völker des Iran, er richtet sich zugleich auch gegen jeden anderen Imperialismus, woher er auch immer kommen mag, der die Völker des Iran aussaugt und unterdrückt. Heute streckt auch der sowjetische Sozialimperialismus seine gierigen Hände nach den Reichtümern des Iran aus und gibt dem Schah-Regime politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe. Wir sind sicher, daß es die Völker des Iran, die entschlossen gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze kämpfen, den sowjetischen Sozialimperialisten nicht erlauben werden, den Iran zu seiner Beute zu machen."

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



159. Geburtstag von Karl Marx



Am 5. Mai 1818 wurde Karl Marx, der größte und ruhmvollste Sohn unseres Volkes, geboren. Karl Marx war der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und gab damit den Proletariern aller Länder die Waffe in die Hand, um durch die proletarische Revolution das Joch der Lohnsklaverei zu zerbrechen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Sozialismus aufzubauen. Für dieses große Ziel hat Karl Marx sein ganzes Leben lang gekämpft. „Mitzuwirken“, sagte sein Freund und Mitkämpfer Friedrich Engels am Grabe Karl Marx, „in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem e r zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Bedürfnisse, das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte — das war sein wirklicher Lebensberuf.“ Dabei hat Karl Marx Unvergängliches geleistet. Sein Name und sein Werk werden in den Herzen des Proletariats immer fortleben und niemals vergessen werden.

32. Jahrestag des Sieges über den Hitler-Faschismus



Am 8. Mai 1945 endete der zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Imperialisten. Durch den antifaschistischen Krieg der Völker mit der ruhmreichen Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion Stalins an der Spitze wurde der Hitler-Faschismus vernichtend geschlagen. Heute droht wieder die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges. Sie geht hauptsächlich vom amerikanischen Imperialismus und der von den modernen Revisionisten in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelten Sowjetunion aus. Sie wird auch geschürt von den westdeutschen Imperialisten, die von der Verwirklichung ihrer Revanchegelüste träumen.

Im Programm unserer Partei heißt es deshalb, „daß der einzige Weg zur Verhinderung des drohenden Krieges der konsequente Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte ist, daß wirklicher Friede, d. h., die Beseitigung aller Kriege, nur erreicht werden kann durch den weltweiten Sturz des Imperialismus.“

Ekofisk: Täglich 25 000 Tonnen Öl

Ölmonopole verseuchen die Nordsee

Nur wenige Tage nach dem Unfall im norwegischen Erdölfeld Ekofisk, während noch täglich 25.000 Tonnen Öl in die Nordsee laufen, während sich eine Umweltkatastrophe von größtem Ausmaß ankündigt, versuchen die Ölmonopole und Werftkonzerne, die bürgerlichen Regierungen der Nordseeländer den „blow out“ auf der Bohrinsel Bravo als eine ganz harmlose Sache hinzustellen. Das bisher ausgelaufene Öl „bekümmere ernsthaft niemanden“, verkündete das Institut für Meeresforschung in Bremerhaven. Und ein Sprecher der Hamburger Werft Blohm und Voss, die Bohrinseln für die Nordsee produziert, erklärte unverschämt, das Ganze sei nur auf menschliches Versagen zurückzuführen.

Menschliches Versagen. Diese Antwort haben sie sofort parat, ob es eine Umweltkatastrophe ist oder ein Betriebsunfall. Und so soll auch jetzt den Arbeitern, den Technikern auf der Bravo die Schuld in die Schuhe geschoben werden. Aber Tatsache ist, daß beim Auswechseln eines Sicherheitsventils die Leitung einfach mit schwerem Schlamm verstopft worden ist. Haben sich denn die Arbeiter diese famose Methode ausgedacht, die sie ja selbst in Lebensgefahr bringt? Nein — es sind die Bosse des amerikanischen Ölkonzerns Philips, die auf diese Art Reparaturen durchführen lassen. Und die wissen natürlich genau, daß diese Methode, die für sie billig ist, die die Produktion nicht weiter aufhält und damit die Profite sichert, für die Arbeiter Gefährdung ihres Lebens bedeutet und die Verseuchung der Nordsee mit sich bringen kann. Warum sonst hätten sie ihre Reparaturmethode ein „kalkuliertes Risiko“ genannt?

Und wer hat dieses Risiko zu tragen? Nicht die Ölkonzerne, die sich die Kosten, die durch den Unfall entstehen, von den bürgerlichen Regierungen bezahlen lassen. Es sind in erster Linie die kleinen Kutterfischer aus Dänemark, Westdeutschland und Norwegen, deren Hauptfanggebiete in der Region von Ekofisk liegen. Und nicht nur der Fang ist gefährdet: Gerade jetzt laichen die Fische in der Nordsee und ein großer Teil der Brut ist durch das auslaufende Öl schon zerstört. Und was die langfristigen Folgen betrifft, wenn die riesige Öllache die Küsten erreicht, so erklärte ein Vertreter des Hydrographischen Instituts in Hamburg vor einigen Tagen: Technisch ist eine Abwehr großer Ölmengen in Deutschland unmöglich.

Unmöglich? Ja — in einem kapitalistischen System, wo nicht der Mensch, sondern der Profit der Großbanken und Industriemonopole im Mittelpunkt steht, wo der Staat nichts anderes ist als ein Werkzeug dieser Banken und Monopole zur Sicherung ihrer Profite, zur Niederhaltung der Werktätigen. Gerade die Vorgänge um die Ölfelder in der Nordsee haben das wieder einmal bewiesen. Obwohl jetzt schon elf Jahre seit der ersten Bohrung dort vergangen sind, haben die Regierungen der Anliegerstaaten nicht das geringste getan, um Maßnahmen gegen vorhersehbare Unfälle vorzubereiten. Alles Gerät, das sie jetzt in Ekofisk auffahren, ist völlig untauglich für den Wellengang, wie er in der Nordsee herrscht. Und schon hat die Mobil Oil vorgeschlagen, die Öllache mit hochgiftigen Dispergatoren zu zersetzen. Dann würde sich zwar das Öl mit dem Wasser verbinden, aber die Folge wäre die völlige Vernichtung des Lebens in der Nordsee. Die eine Katastrophe bekämpfen, indem eine noch größere vorbereitet wird, das ist die Logik des Kapitalismus.

Skrupellose Speditionsunternehmer

Chloroform im Chiantiwein

„Wir lachten zuerst und erklärten den Fahrer für verrückt“, schrieb uns ein Genosse, dessen Korrespondenz wir am 4. März im „Roten Morgen“ abgedruckt haben. Als Arbeiter einer Lackfabrik war der Genosse mit dem Fahrer eines Tanklastzuges für Alkydharz ins Gespräch gekommen: Was er denn als nächstes lade? Die Antwort: „Kakao.“

Inzwischen ist allgemein bekannt, daß Praktiken wie diese bei den westdeutschen Speditionsfirmen „gang und gäbe“ sind, wie ein Fuhrunternehmer offen zugegeben hat. Hochgiftige Chemikalien wie Chloroform, Acrylsäure, Dioctylphtalat für die Herstellung von PVC werden in denselben Tanklastzügen transportiert wie Traubenmost, Wein, Orangensaft und andere Getränke.

„Alles, was rieselt“, erklärt z. B. der Sulzer Fuhrunternehmer Beilharz, wird im Lastkraftwagensiloverkehr in die gleichen Behälter gekippt: Zucker und PVC, Gips und Mehl. Getrieben von der Jagd nach dem Profit, die es ihnen verbietet, einen ihrer Lastzüge auch nur einen Kilometer ohne Ladung fahren zu lassen, kümmert die Speditionsunternehmer die Gesundheit der Verbraucher herzlich wenig. Kümmert es sie herzlich wenig, daß einige der von ihnen transportierten Chemikalien wie z. B. das zur PVC-Herstellung benötigte Dioctyphtalat Krebserkrankungen hervorrufen; kümmert es sie herzlich wenig, daß auch die anderen von ihnen transportierten Chemikalien hochgiftig und gefährlich sind. Alle diese Mittel aber sind bei Kontrollen von Tanklastzügen bereits in hoher Konzentration im Traubenmost und anderen für den Verzehr bestimmten Säften festgestellt worden.

Wer nun aber etwa glaubt, diese Praktiken der Speditionsfirmen seien strafbar und die Kapitalisten kämen sofort hinter Schloß und Riegel, der hat sich geirrt. Das Lebensmittelgesetz, das angeblich dem Schutz der Verbraucher dient, erlaubt ausdrücklich die Beförderung von Säften usw. auch in Lastwagen, die nicht ausschließlich zum Transport von Lebensmitteln verwendet werden. Ein einfaches Aussprühen mit heißem Wasserdampf genügt, um einen Tanklastzug, der gerade noch eine hochgiftige Chemikalie geladen hatte, zum Transport von z. B. Traubensaft zu verwenden. Ganz abgesehen davon, daß die Fuhrunternehmer oft genug selbst die Kosten und den Zeitaufwand für eine solche oberflächliche Reinigung sparen.

Geschickt und skrupellos umgehen sie dabei auch die Bestimmungen des strengeren Weingesetzes (Wein darf nur in „Behältnissen“ transportiert werden, in denen ausschließlich Lebensmittel befördert werden) und deklarieren einfach die Chemikalien als „Speiseöl“ oder den halbvergorenen Wein als „Traubensaft“.

Mit einem Wort: Geht es um den Profit, kümmert die Kapitalisten die Gesundheit der Werktätigen nicht und der kapitalistische Staat gibt seinen Segen in Form eines Gesetzes dazu, daß solche verbrecherischen Praktiken erlaubt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenk-

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr. Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“ Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do. 9-13 Uhr und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18,30 Uhr, Sa. 9-13

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.